

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Häyerm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Röhrestraße 16 b.
Telephonruf: Nr. 3392.

Inserate für Stellensvermittlung
Preis der sechsspaltigen Kolonnhelle 1 Mark.
Geschäftsinsereate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **380 600** Exemplaren
erschließt diese Ztg.

Eine Geschichte der deutschen Unternehmerverbände.

II.

Reßler beschäftigt sich auch mit den widersinnigen Begriffsverwirrungen von „Arbeitgeber“ und „Arbeitnehmer“. Es fällt in dieser Definition sofort auf, führt er aus, daß der Unternehmer den Namen des Arbeitgebers trägt. Er trägt ihn mit Unrecht. Denn tatsächlich gehört die Ware Arbeit ja nicht dem Unternehmer, sondern dem Arbeiter. Der Arbeiter trägt sie in Gestalt von Körperkraft, Willenskraft und Geschicklichkeit in sich und stellt sie gegen Entgelt dem Unternehmer zur Verfügung. Der Arbeiter ist es, der in Wahrheit Arbeit gibt, während der Unternehmer die Arbeit annimmt und in seinem Betrieb nach Bedarf verwendet. Worte wie „Arbeitgeber“ und „Arbeitgeber-Verband“ im üblichen Sinne sind demnach unlogisch gebildet, lediglich durch irrtümliche Identifizierung der Begriffe „Arbeit“ und „Arbeitsgelegenheit“, ebenso wie die verwandten Anwendungen „Arbeit suchen, finden, nachweisen“, „Recht auf Arbeit“. Es ist selbstverständlich unmöglich, derartige Mißbildungen wieder aus der lebendigen Sprache auszutilgen; man muß sich damit begnügen, auf ihre Fehlerhaftigkeit hinzuweisen. Damit befundet der Verfasser, daß der Marxismus mit seiner Definition der wirtschaftlichen Begriffe nicht ohne Einfluß auf ihn während seiner Studienzeit geblieben ist. Gegen jede derartige Kritik in der Arbeiterpresse hat sich bisher die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung mit aller Schärfe und Entrüstung gewandt, gegenüber dem bürgerlichen Gelehrten Reßler aber zieht sie sich mit ihm auf den traditionell gewordenen Sprachgebrauch zurück, womit sie materiell die falschen Worte preisgibt.

Im zweiten Kapitel über die Geschichte der Arbeitgeberverbände bis zum Grimmitzauer Streik nimmt der Verfasser die Organisationsanfänge im Jahre 1848 zum Ausgangspunkt seiner Darstellung, wobei es sich um die Buchdrucker handelt. Damals bestand in Breslau sogar bereits ein Tarifvertrag zwischen Gehilfen und Prinzipalen. 1866 entstand der heutige Buchdrucker-Verband, 1869 als „Gegengewicht gegen die Gehilfengewerkschaft“ der Deutsche Buchdruckerverein der Prinzipale, der der älteste deutsche Unternehmerverband ist. Die Wandlungen, die er durchgemacht hat, dürften typisch sein für die Entwicklungsgeschichte der Unternehmerverbände im allgemeinen. Er hat im Zeichen des Kampfes so manche der üblichen Verteidigungsmaßnahmen des Unternehmertums benützt, die Einstellung von Streikbrechern unterlag, auch einmal 2000 Gehilfen ausgesperrt, aber er hat in seinem Statut keinerlei derartige Kampfmaßnahmen festgelegt. Das gegenwärtige Statut redet nur von „Ordnung und Befestigung der geschäftlichen Verhältnisse zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern, insbesondere durch tatkräftige Mitwirkung bei der Feststellung und Durchführung des Buchdruckerlohntarifs“. Die Mitglieder sind in Arbeitsangelegenheiten zur Tariftreue verpflichtet, das ist alles. Abwehrmaßnahmen müssen überhaupt notwendig, von Fall zu Fall festgelegt werden. „In dieser Hinsicht unterscheidet sich der Buchdruckerverein und die ihm nachgebildeten kleineren Verbände der graphischen Gewerbe von sämtlichen anderen Arbeitgeberverbänden; bei allen anderen sind die Abwehrmaßnahmen das Charakteristikum, die Hauptache, während Tarifverträge und Tariftreue zwar neuerdings in der Praxis schon eine große Rolle spielen, in den Statuten aber fast durchweg noch mit keinem Worte erwähnt werden.“

Eine Anzahl von Vereinen, so der „Verein der anhaltischen Arbeitgeber“, die hauptsächlich in „Wohlfahrtspflege“ wachen, werden ebenfalls besprochen.

Von eigentlichen älteren „Arbeitgebervereinigungen“ werden noch angeführt eine solche der Handschuhfabrikanten in Döhrnsleben, die schon 1850 zum Schutze gegen die „verlorenen Gehilfen“ gegründet wurde, aber auch die Entstehung einer Gegenorganisation der Gehilfen zur Folge hatte. Eifrige Versuche zur Organisierung der Unternehmer wurden schon anfangs der siebziger Jahre im Baugewerbe gemacht und man erwartete hier bereits das ganze „Arbeitgeberprogramm“: Streiklausel in den Tarifverträgen, Gründung von Streikbrecherverbänden (gelbe Gewerkschaften), Einrichtung von Streikschlichtungsgesellschaften, Gegenstreiks, das heißt Aussperrungen und Allianz mit den Arbeitern, also Tarifverträge. Auch der Arbeitsnachweis und die Entlassungsschemen wurden diskutiert. Die Forderungen forderten: Die allgemeine gesetzliche Einführung von Arbeitsbüchern, die Beleuchtung der Bildung und Tätigkeit der Arbeiterschaft sowie die Revision des Koalitionsrechtes. Die Baugewerkschaftler waren dann bekanntlich 1898 die Urheber der Zuchttausvorlage.

Von 1882 bis 1902 wurden Unternehmervereinigungen gegründet:

1882	0	1889	14	1896	11
1883	1	1890	29	1897	15
1884	1	1891	1	1898	19
1885	2	1892	0	1899	45
1886	2	1893	2	1900	50
1887	1	1894	1	1901	18
1888	4	1895	4	1902	15

Die Angaben sind jedoch lückenhaft, also nicht erschöpfend. Mit erstaunlicher Beredsamkeit, bemerkt Dr. Reßler dazu, zeigt

die Tabelle den engen Zusammenhang zwischen der Gründung von Arbeitgeberverbänden und dem Auf und Ab der wirtschaftlichen Konjunktur. „Betrachten wir dies Verhältnis etwas. Mit steigender Konjunktur steigt in der Regel der Unternehmergewinn und damit auch die Streiklust der Arbeiter. Viele arbeitslose Hände finden dauernde Beschäftigung und können sich den Berufsvereinen anschließen, so daß die Zahl der Streikbrecher abnimmt, die der zahlungsfähigen Gewerkschafter wächst rasch. Das alles führt zur Vermehrung der Lohnbewegungen und Streiks. Für die Unternehmerschaft aber sind Streiks in Zeiten flotten Geschäftsganges und guten Verdienstes doppelt peinlich und so stärkt das Anwachsen der Streiklust in ihnen den Trieb zur solidarischen Abwehr; es entstehen allenthalben neue Arbeitgeberverbände. Daher das rasche Anwachsen der Gründungsziffern von 1888 bis 1890 und von 1896 bis 1900, daher die Höhepunkte 1890, 1899 und 1900. Die gleichen Ursachen wirken bei dem Zahlenrückgang von 1891 und 1901. Wirtschaftlicher Niedergang bringt für den Arbeiter die Gefahr langer Arbeitslosigkeit mit sich, in den Gewerkschaften drückt er auf die Mitgliederzahlen, verlangsamt mindestens ihr Wachstum wie auch das Anwachsen ihrer Vermögen. In solchen Zeiten sinkt die Streiklust der Arbeiter, die nicht gern ihr sicheres Brot in Gefahr bringen wollen und entsprechend vermindert sich auch das Organisationsbedürfnis der Arbeitgeber. Lokale Arbeitgebervereine, denen der Rückhalt an einem großen Verband fehlt, lösen sich in wirtschaftlich flauen Zeiten ganz auf; noch in den neunziger Jahren scheint dies fast als die Regel gegolten zu haben.“ Gegenwärtig, da die großen Zentralverbände der Unternehmer bestehen, ist letzteres natürlich nicht mehr zutreffend.

Die große Zahl von Verbandsgründungen wird nicht nur auf die günstige Konjunktur zurückgeführt, sondern auch auf den W. g. f. des Sozialistengesetzes und auf die Einführung der Matrifrei.

Zum Schluß dieses Kapitels werden noch der Zentralverband deutscher Industrieller und sein Konkurrent, der Bund der Industriellen, der 1895 gegründet wurde, kritisch, namentlich „sozialpolitisch“, gewürdigt. Es genügt, hervorzuheben, daß sich beide in der Zuchttausvorlage und in der Bekämpfung des Zehn-Stundentags für die Arbeiterinnen einträchtig zusammenfanden.

Einen kräftigen Anstoß für die Gründung und den Ausbau von Unternehmerorganisationen gab der Grimmitzauer Streik, der in der Tat den Ausgangspunkt eines neuen Geschichtsabschnittes derselben bildet. Der Scharfmacherverband wollte in der Folge eine Zentralfstelle der Unternehmerorganisationen als eine „Untergruppe des Zentralverbandes“ gründen, aber dagegen opponierten nicht nur der Bund der Industriellen und andere, sondern auch der Gesamtverband Deutscher Metall-industrieller. Aber der Zentralverband schuf sich trotzdem die ihm untergeordnete „Hauptstelle Deutscher Arbeitgeber-Verbände“, während die oppositionellen Verbände den „Verein Deutscher Arbeitgeberverbände“ gründeten. Diese „Spaltung“ ist eine rein interne Familienangelegenheit der Unternehmer. Die einen warfen dem Zentralverband Herrschsucht vor, umgekehrt beschuldigte sie Bued der „Eghezigkeit und Sonderbündelei“. In prinzipiellen Fragen bestehen zwischen Hauptstelle und Verein keinerlei Differenzen. Alle schwierigen Fragen, wie etwa die Stellung zu Arbeiterausschüssen und Gewerkschaften, zu schwarzen Listen und Aussperrungen, zu Schiedsgerichten und Tarifverträgen, überläßt man auf beiden Seiten vorsichtigerweise unbeschränkt den angeschlossenen Einzelverbänden. Was aber positiv als Zweck der beiden Zentralen und als Mittel zur Durchführung dieses Zweckes festgelegt ist, das lautet in den beiderseitigen Satzungen von 1904 Wort für Wort gleich. Auch sehen beide Satzungen Kartellverträge mit verwandten Organisationen vor und in der Tat hat man noch im Dezember 1904 ein Kartell zwischen Hauptstelle und Verein zustande gebracht. Auf das gemeinsame Programm wurden folgende vier Punkte gesetzt: 1. Schutz der Arbeitswilligen. 2. Ausdehnung der Arbeitsnachweise der Arbeitgeber. 3. Durchführung der Streiklausel und 4. Rechtschutz der Arbeitgeber in Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung. Dr. Reßler vertritt als eine der Wirkungen dieses Kartells, daß die Hauptstelle im Mai 1906 bei der großen Bewegung der Metallarbeiter den im Verein organisierten „Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller“ zu unterstützen beschloß.

Die deutsche Unternehmerorganisation hat auch bereits ihre Internationalität, die die Unternehmer und ihre Sekretäre aus hegemonisch-demagogischen Gründen der Arbeiterorganisation als „Vaterlandslosigkeit“ und „Vaterlandsverrat“ zum Vorwurf machen. So hat die „Hauptstelle Deutscher Arbeitgeber-Verbände“ berichtet, daß man besonders in Rußland (Niga, Petersburg, Moskau) ihren Mat begehrt und dort wiederholt auf Grund ihrer Normalstatuten neue Arbeitgeber-Verbände konstituiert habe. Also „international“, „vaterlandslos“, genau so wie die Sozialdemokratie.

Die gegenwärtigen Unternehmerorganisationen gliedern sich in die drei Gruppen: 1. Ortsverbände, 2. Bezirks- (Kreis-, Provinzial-, Landes-)verbände und 3. Reichs- oder Zentralverbände. Aus diesen lassen sich wieder folgende sechs Gruppen ausgliedern: 1. Gemischte Reichsverbände, 2. gemischte Bezirksverbände, 3. gemischte Lokalverbände, 4. Reichsverbände eines Gewerbes, 5. Bezirksverbände eines Gewerbes und 6. Ortsverbände eines Gewerbes. Mit anderen Worten lassen sich diese verschiedenen Organisationen bezeichnen als zentralisierte Berufsverbände, als zentralisierte Industrieverbände, die mehrere verwandte Berufsarten umfassen und als Kartelle, die mehrere oder alle Unternehmerorganisationen eines Ortes, eines Bezirkes, Kreises u. einschließen. Diese Gruppierung der Unternehmerorganisationen lehnt sich an die Vorbilder der Gewerkschafts-

bewegung der Arbeiter an, die bekanntlich schon von den „Christlichen“ mit affenartigem Nachahmungstrieb nachgemacht wurden. Auf 50 Seiten führt Dr. Reßler die einzelnen Arbeitgeberorganisationen der verschiedenen Gewerbe und Industrien an, auf welche Details wir jedoch hier nicht einzutreten können. Erwähnt sei nur von den beiden „gemischten Reichsverbänden“, daß Ende 1905 die Hauptstelle Deutscher Arbeitgeber-Verbände 51 Verbände und 21 Einzelfirmen mit 711899 Arbeitern umfaßte, der Verein Deutscher Arbeitgeber-Verbände im März 1907 etwa 300 Einzelorganisationen mit über 1200000 Arbeitern. Das Organ dieses Vereines ist bekanntlich die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung, die in Scharfmachereien und Gesereien gegen die Arbeiterbewegung das menschenmögliche leistet.

Auf den Gesamtverband Deutscher Metall-industrieller werden wir zurückkommen.

Der größte Teil des Reßlerschen Buches beschäftigt sich mit den wichtigsten Bestimmungen der Statuten der Unternehmerverbände (Mitgliedschaft, Eintritt, Austritt, Beiträge, Strafen u. c.); mit den Maßnahmen derselben („schwarze Liste“, Revers, Entlassungsschemen, Arbeitsnachweis) der Arbeiterbewegung und den Lohnkämpfen gegenüber und schließlich mit den Tarifverträgen; den Schluß bilden im Wortlaut mitgeteilte Statuten u. c. verschiedener Unternehmerverbände.

Die Übersicht läßt erkennen, wie weit der Ausbau der Unternehmerorganisationen bereits gediehen und daß wir uns in den Gewerkschaften sehr rühren müssen, um die weiteren Hunderttausende und Millionen der noch fernstehenden Arbeiter zu gewinnen und so fortwährend unsere Verbände derart zu stärken, daß sie den Unternehmerverbänden an Bedeutung und Macht mindestens das Gleichgewicht halten können.

Dr. Reßler schließt seine Darstellung der deutschen Unternehmerverbände im Kapitel von den Tarifverträgen mit den Sätzen: „Wir haben gesehen, daß die Versuche der Arbeitgeberverbände, im Interesse des gemeinsamen Gewerbes friedlich mit den organisierten Arbeitern zusammenzuwirken, noch in den Anfängen sind. Noch nimmt die abnehmende Tätigkeit, nehmen Streikversicherung und Aussperrung die meisten Verbände mehr in Anspruch als die aufbauende Mitarbeit an Tarifverträgen, paritätischen Nachweisen und Schlichtungskommissionen. Und doch ist es uns vielleicht gelungen, nachzuweisen, daß der Beherrschbaren und Berühmten in den Arbeitgeber-Verbänden mehr sind als der Unbeherrschbaren und Scharfmacher. Und nicht den Predigern rücksichtslosen Herrentums und brutalen Klassenkampfes werden Zukunft und Erfolg gehören, sondern den Bersehern friedlicher Verständigung und besonnener Anerkennung der Arbeiterrechte.“

Das klingt etwas optimistisch, die Worte werden aber um so sicherer zur Wahrheit werden, je mehr unsere Gewerkschaftsbewegung an Stärke und Macht gewinnt. Sie hat alles, was heute ist, erkämpfen müssen und sie hat es erreicht und sie wird weiterkämpfen und auch fernherin Erfolg an Erfolg, Fortschritt an Fortschritt reihen.

Zentrum, christliche Arbeiter und Wahlreform.

II.

Bs. Neben der Sozialdemokratie ist das Zentrum die am besten organisierte Partei. Der Kulturkampf, der dem Zentrum die Kirche als Bundesgenossen zuführte, brachte ihm zugleich auch seine Organisation mit, die andere Parteien sich erst mühsam schaffen mußten, brachte ihm ein Heer gebildeter, eifriger und einflußreicher Agitatoren: die Geistlichkeit, vom Bischof herab bis zum Kaplan. Dazu ist im Jahre 1890 der Volksverein für das katholische Deutschland getreten, der von M. Glöckner aus seine Fäden bis in das entlegenste Nest spannt, der mit seinen Flugblättern Stadt und Land überschwemmt, der durch die in seinen Kreisen gebildeten Leute die katholischen Arbeiter- und Gesellenvereine ebenso beherrscht, wie die christlichen Gewerkschaften. Wenn es also einer Partei gegeben ist, auf die Massen zu wirken, dann ist es das Zentrum — zumal bei dem gläubigen und auf Unterordnung gerichteten Sinne der katholischen Bevölkerung, die mehr als das sonst bei einer Partei der Fall, ihren Führern, geistlichen wie weltlichen, Folgsamkeit und Ergebenheit schuldig zu sein glaubt. Das Zentrum hat diesen Einfluß auf die Massen dann auch im Kulturkampf reichlich auszunutzen verstanden, aber es hat in dieser Beziehung völlig versagt im Kampfe wider das Dreiklassenwahlrecht. Es ist im ersten Artikel schon gesagt worden, daß das Zentrum, wenn es ihm ernst gemeint wäre mit seinem Antrag vom Jahre 1873, von da ab eine unablässige Agitation gegen das preussische Dreiklassenwahlrecht hätte entfalten, daß es seine entrechteten Wählermassen hätte aufklären müssen über die ihnen zugefügte Schmach — durch Versammlungen, Flugblätter, Anträge und Interpellationen im Haupte des Dreiklassenwahlrechtes. Aber das Zentrum hat von alledem nichts getan, es hat sich ruhig verhalten von 1873 bis heute. Wenn die Germania gegen den Vormarsch, der dem Zentrum diese Untätigkeit zum Vorwurf gemacht hatte, behauptet: das Zentrum habe die preussische Wahlreform betrieben seit mehr als dreißig Jahren — so ist das Schwindel, und es dürfte dem Platte schwer werden, dafür die Beweise zu bringen. Hier sei nur eins erwähnt: der Volksverein für das katholische Deutschland hat eine Unzahl Schriften und Flugblätter herausgegeben, die so ziemlich jede Frage des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens behandeln — aber die Gelehrten und Leiter des Volksvereines haben in den 18 Jahren seines Bestehens noch

Die Sabotage als gewerkschaftliches Kampfmittel.

II.

Wenden wir uns nun der kritischen Beurteilung der Sabotage zu, so wirft sich zunächst die Frage auf, ob die Gewerkschaften — selbst wenn sie es wollten — jemals in der Lage sein werden, eine nennenswerte Zahl von Arbeitern zu überreden oder zu veranlassen, von diesem Kampfmittel Gebrauch zu machen. Wie schon erwähnt, ist dies die Vorbedingung eines Erfolges, daß die Sabotage zu einer Massenfabotage wird. Wenn man die Sache nüchtern betrachtet, so hat es nicht den Anschein, als ob dies in absehbarer Zeit gelingen könnte. Der deutschen Arbeiterschaft ist die von Marx vertretene Klassenkampfsmethode schon zu sehr in Fleisch und Blut übergegangen, als daß es möglich sein sollte, eine Kampfweise wieder einzuführen, die längst überwunden ist. Der deutsche Arbeiter, der eine gewerkschaftliche Erziehung genossen hat, ist gewöhnt, dem Unternehmer gegenüber seine Pflicht und Schuldigkeit zu tun, woraus er dann allerdings die Konsequenz zieht, daß auch demgegenüber der Unternehmer seine Pflicht erfüllen muß. „Ein anständiger Lohn für ein anständiges Stück Arbeit!“ ist der Grundsatz eines Gewerkschafters.

Gerade vom Standpunkt der modernen Gewerkschaftsbewegung aus, die eine Kulturbewegung in edelstem Sinne des Wortes sein will, ist es eine dringende Notwendigkeit, die Arbeiter zu pflichtgetreuen Menschen zu erziehen, die Disziplin im Leibe haben. Jedes Mitglied muß eine Ehre darin suchen, seine Stelle im Betriebe des Wirtschaftslebens voll und ganz auszufüllen und bislang sind die modernen deutschen Gewerkschaften stolz darauf gewesen, die tüchtigen Arbeiter des Berufs zu ihren Mitgliedern zu zählen, während sie die minderwertigen Elemente den anderen Konkurrenzorganisationen überlassen. Und da sollte es nun möglich sein, mit einemmal eine Kampfweise zu propagieren, die das gerade Gegenteil bezweckt? Glaubt man wirklich, daß sich auch nur ein ganz geringer Bruchteil der Gewerkschaften dazu verstehen wird, die Politik der Schikane zu befolgen und sich an ihrer Arbeitsstelle zu betragen wie dumme Jungens oder Betrunkene? Wer das glaubt, der kennt den Charakter des modernen Proletariats sehr schlecht. Die Empfehlung eines solchen Kampfmittels von leitender Stelle aus würde alle bisherige Taktik auf den Kopf stellen und einen Keil in die Gewerkschaftsbewegung treiben, der sie zersprengen müßte.

Aber auch vor dem Richterstuhl einer gesunden Vernunft und einer sozialen Moral kann die Sabotage nicht bestehen. Daß es unvernünftig und sinnlos ist, Gebrauchsgegenstände zu ruinieren, anzufassen sie zum Wohle der Gesamtheit anzuwenden, leuchtet auf den ersten Blick ein. Eine solche Methode wäre ebenso sehr ein Verbrechen an der Vernunft wie die Methode gewisser Kapitalisten, in Zeiten einer Überproduktion Nahrungsmittel zu vernichten, anstatt damit das Massenelend zu lindern. Und was wir an anderen tadeln, dürfen wir doch am allerwenigsten nachahmen. Nicht minder auch widerspricht es der Sozialmoral, den Klassenkampf in einer Weise zu führen, die die niedrigsten und schlechtesten Instinkte des Menschenherzens wachruft und entfesselt. Welcher halbwegs anständige Arbeiter wird sich dazu herbeilassen, hinterlistigerweise seinem Unternehmer einen Streich zu spielen und sich dann in teuflischer Weise an dem Schaden zu freuen? Ganz im Gegenteil wird sich ein Klassenbewußter Arbeiter seiner Bedeutung als Träger einer höheren Sozialmoral bewußt werden. Es ist wahrlich keine phibistereiartige Moraliterei, die uns solche Worte schreiben läßt, sondern es ist die selbstverständliche Überzeugung, daß die soziale Frage, die das Proletariat zu lösen sucht, nicht nur eine Frage des wirtschaftlichen und sozialen Lebens, sondern auch eine Frage der Moral ist. Wohin sollte es führen, wenn die Gewerkschaftsbewegung auf ein derart niedriges Niveau herabsinken sollte, wie es die Vertreter der Sabotage uns zumuten? Wir haben vielmehr gelernt, daß nur der Kampf seine Existenzberechtigung hat, der mit ehrlichen Waffen und mit offenem Bisher ausgefochten wird. Und wenn wir häufig den Kampf der Kapitalproben und Scharfmacher verurteilen, so tun wir das nicht etwa deshalb, weil wir den Unternehmern das Recht bestreiten, für ihre Interessen zu kämpfen, sondern deshalb, weil wir ihre brutale, gegen Recht und Moral verstoßende Kampfweise mißbilligen. Bis jetzt sind wir stolz darauf gewesen, den Kapitalisten gegenüber sagen zu können: „Wir Widern sind doch bessere Menschen!“ und nun sollten wir Waffen anwenden, deren sich ein anständiger Mensch schämen muß? Wohl kann man häufig die Meinung hören, daß in einem Kriege jedes Mittel erlaubt sei, doch entspricht dies nicht der Auffassung einer emporkommenden Klasse, die nicht nur neue Zustände, sondern auch neue Menschen schaffen will.

Was ganz besonders gegen die Sabotage spricht, ist der Umstand, daß sie den Klassenhaß schürt und eine Lösung der sozialen Frage im Sinne einer evolutionären Entwicklung unmöglich macht. Man kann sich leicht denken, welche Erbitterung eine Kampfweise erzeugt, die planmäßig darauf ausgeht, den Unternehmer zu schikanieren und ihm an seinem Eigentum empfindlich Schaden zuzufügen. Der moderne Arbeiter steht auf dem Boden des Rechtes und er kämpft um sein Recht. Immer wieder betont er, daß es sich bei all seinen Bestrebungen um berechnigte Forderungen handelt, um Forderungen, die nicht willkürlich erkoren worden sind, sondern die in seinem Rechte als Mensch und Staatsbürger begründet sind. Und gerade dadurch, daß die moderne Arbeiterbewegung die Idee des Rechtes in den Vordergrund drängt, hat sie nicht nur große Erfolge erzielt, sondern sich auch die Sympathien aller rechtlich denkenden, unparteiischen Menschen erworben. Es wäre wahrlich ein Frevel, wollte sie nunmehr eine Taktik einschlagen, die sie nicht nur bei den Unternehmern verhaßt, sondern auch in der öffentlichen Meinung zu einem Gegenstand des Abscheus machen müßte.

Übrigens vergessen die Anhänger der Sabotage ganz, daß man bei allem, was das Proletariat erstrebt, außer dem Kampfmittel auch das Ziel des Kampfes ins Auge fassen muß. Das Ziel des proletarischen Klassenkampfes ist bekanntlich die Hebung der großen Masse des Volkes auf eine höhere Stufe wirtschaftlicher, geistiger und moralischer Entwicklung. Die Menschen sollen in die Lage versetzt werden, ein menschenwürdiges Dasein führen zu können. Hierzu gehört aber nicht nur die Erzielen besserer wirtschaftlicher Existenzbedingungen, sondern vor allen Dingen soll auch das geistige und moralische Niveau der Masse gehoben werden. In dieser Beziehung tun uns die Gegner bitter unrecht, wenn sie uns vorwerfen, daß wir die soziale Frage lediglich als eine Fragenfrage und den Klassenkampf als einen Kampf um die Futterkrippe betrachteten. Die wirtschaftliche Seite des Klassenkampfes bildet für uns nur die notwendige Grundlage, den Untergrund, worauf die geistige und moralische Bildung erbaut werden soll. Man beachte nur die Tätigkeit der modernen Arbeiterbewegung und man wird sofort bemerken, wieviel Bildungs- und Erziehungsarbeit jahraus jahrein geleistet wird. Es läßt sich ohne Übertreibung die Behauptung aufstellen, daß die modernen Arbeiterorganisationen die einzigen Einrichtungen sind, in denen dem erwachsenen Arbeiter geistige Bildung und moralische Erziehung geboten wird. Oder was tut denn Staat und Kirche und Kapital in dieser Beziehung? Und wenn etwas geschieht, so wird es nur des-

wegen in Szene gesetzt, um der modernen Arbeiterbewegung Konkurrenz zu machen und Abbruch zu tun.

Von dem Gesichtspunkt ausgehend, daß ganz besonders die Gewerkschaften die Aufgabe haben, ihre Mitglieder zu erziehen, erscheint uns der Verlust, die Sabotage als gewerkschaftliches Kampfmittel einzuführen, geradezu als ein Verbrechen an der Entwicklung. Sie widerspricht der Vernunft, dem Rechte, der Moral und der Taktik, weshalb wir sie rundweg ablehnen. Die Sabotage bedeutet einen Rückfall in längst überwundene Anschauungen und muß als das Produkt einer verärgerten Stimmung bezeichnet werden. Wir sind überzeugt, daß die Propaganda für ein solch hirnverbranntes Kampfmittel an dem gesunden Sinne des Klassenbewußten Proletariats elend Schiffbruch leiden wird.

Bratus.

Von der Unfallversicherung im Jahre 1906.

Die in der vorigen Nummer der Metallarbeiter-Zeitung (Seite 39) enthaltenen Angaben über die Rechnungsergebnisse der Berufsvereinigungen für das Jahr 1906 haben wir zunächst folgendermaßen zu ergänzen, indem wir die Hauptergebnisse der zwölf Berufsvereinigungen für die Metallindustrie (nicht elf, wie in der vorigen Nummer aus Versehen angegeben) folgen lassen. Es umfaßte die

Berufsvereinigung	1905	1906	Verficherte
Berufsvereinigung der Feinmechanik	206589	206589	
Süddeutsche Eisen- und Stahl-Berufsvereinigung	198401	198401	
Südwestdeutsche Eisen-Berufsvereinigung	72046	72046	
Rheinisch-Westfälische Hütten- und Bergwerks-Berufsvereinigung	168507	168507	
Maschinenbau- und Kleinereisenindustrie-Berufsvereinigung	211337	211337	
Sächsisch-Thüringische Eisen- und Stahl-Berufsvereinigung	147840	147840	
Nordöstliche Eisen- und Stahl-Berufsvereinigung	118888	118888	
Schlesische Eisen- und Stahl-Berufsvereinigung	109308	109308	
Nordwestl. Eisen- und Stahl-Berufsvereinigung	151774	151774	
Süddeutsche Edel- und Unedelmetall-Berufsvereinigung	73253	73253	
Norddeutsche Metall-Berufsvereinigung	130886	130886	
Schmiede-Berufsvereinigung	153449	153449	
Zusammen	1757326	1757326	Verficherte.

Im Jahre 1905 betrug die Zahl der Versicherten (einschließlich der der Schmiede-Berufsvereinigung) 1564151. Das ergibt für das Jahr 1906 einen Zuwachs von 173175. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die (leider erst im nächsten Jahre zur Veröffentlichung kommenden) Rechnungsergebnisse für 1907 einen Rückgang in der Zahl der Beschäftigten aufweisen werden. Aber nichtsdestoweniger sehen wir, daß für den Deutschen Metallarbeiter-Verband noch ein großes Ausdehnungsfeld offen ist. Man kann danach annehmen, daß unsere Organisation rund 20 Prozent der deutschen Metallarbeiterchaft umfaßt. Es sind also noch viele Tausende für den Deutschen Metallarbeiter-Verband zu gewinnen! Wo fröhlich ans Werk! Je weiter unsere Organisation fortgeschritten, ein desto sicherer Schutz wird sich gegen die Mächtschancen der Scharfmacher und desto leichter wird es ihr möglich sein, auch ohne Kampf ihren Mitgliedern bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschaffen. Daß dies wahrlich notwendig ist, sehen wir auch aus den von den Berufsvereinigungen angegebenen Lohnsummen. Diese betragen bei den zwölf genannten Berufsvereinigungen 1904/932/852 Mk. Ohne Zweifel eine gewaltige Summe. Sie hört aber sofort auf, einem zu imponieren, wenn man sich vergegenwärtigt, in wie viele Teile sie geteilt werden muß. Teilt man diese Summe durch die Gesamtzahl der Versicherten, so entfallen auf den einzelnen reichlich 1102 Mk. Im Jahre 1905 kamen auf jeden einzelnen Versicherten 1073 Mk. Das macht für das Jahr 1906 ein Mehr von 29 Mk. Na also, da sind die Löhne doch gestiegen! Das schon, aber um wieviel? Und um wieviel sind die Lebensmittel, hauptsächlich Brot und Fleisch, teurer geworden. Die Preisermäßigungen, von denen da und dort zuweilen die Rede war, genügt keineswegs, um den Arbeiterfamilien die Existenz zu erleichtern. Rechnen wir von diesem „gewaltigen“ Lohnzuwachs noch das ab, was den Unternehmern erst mit Hilfe der Gewerkschaften durch teilweise opferreiche Kämpfe abgerungen wurde, so schrumpft das, was die Unternehmer aus eigenem Antrieb mehr gegeben haben, auf ein ganz winziges Häuflein zusammen. Mancher hat für die Gelegenheit, dem Unternehmer seine Arbeitskraft verkaufen zu können, jedoch seine gesunden Glieder opfern müssen. Darüber geben folgende Tabellen, in die wir zugleich die entsprechenden Zahlen aus dem Jahre 1905 einfügen, lehrreichen Aufschluß.

Berufsvereinigung	Zahl der gemeldeten Unfälle		Zahl der in dem genannten Jahre zum erstenmal entschädigten Unfälle	
	1905	1906	1905	1906
Feinmechanik	7970	9679	1311	1379
Süddeutsche Eisen- und Stahl	11009	12919	1732	1984
Südwestdeutsche Eisen	6843	8005	688	783
Rheinisch-Westf. Hütten- u. Bergw.	29678	32441	2189	2649
Maschinenbau- u. Kleinereisenindustrie	13645	15678	1826	1928
Sächs. Thüring. Eisen- und Stahl	8459	9820	995	970
Nordöstliche Eisen- und Stahl	10082	11827	1345	1465
Schlesische Eisen- und Stahl	9461	9688	1562	1695
Nordwestliche Eisen- und Stahl	12315	13367	1681	1647
Süddeutsche Edel- u. Unedelmetall	1907	2189	319	366
Norddeutsche Metall	4859	5256	923	958
Schmiede	8314	4154	1167	1179
Zusammen	119994	135213	15685	17496

Dies sind die absoluten Zahlen, die an sich auch schon interessant sind. Noch interessanter werden sie jedoch, wenn man feststellt, wie hoch die Zahl der gemeldeten Unfälle und der zum erstenmal bezahlten Entschädigungen ist, die auf je 1000 Versicherte entfallen, wie dies in der folgenden Tabelle geschieht:

Berufsvereinigung	Auf je 1000 Versicherte entfallen			
	gemeldete Unfälle	zum erstenmal entschädigte Unfälle	1905	1906
Feinmechanik	43,1	46,9	7,1	6,7
Süddeutsche Eisen- und Stahl	59,8	65,1	9,4	10,0
Südwestdeutsche Eisen	103,6	111,1	10,3	10,9
Rheinisch-Westf. Hütten- und Bergw.	198,0	198,4	14,6	16,1
Maschinenbau- und Kleinereisenindustrie	70,3	75,1	9,4	9,1
Sächsisch-Thüring. Eisen- und Stahl	62,2	66,4	7,3	6,6
Nordöstliche Eisen- und Stahl	94,4	99,4	12,7	12,3
Schlesische Eisen- und Stahl	98,8	98,6	15,5	15,5
Nordwestliche Eisen- und Stahl	86,7	88,1	11,5	10,9
Süddeutsche Edel- und Unedelmetall	27,6	29,9	4,6	5,0
Norddeutsche Metall	38,1	40,2	7,9	7,4
Schmiede	25,1	27,1	7,7	7,7
Im Durchschnitt	76,7	77,8	10,0	9,8

Wir empfehlen unseren Kollegen, die in diesem Artikel enthaltenen Tabellen Zahl für Zahl aufmerksam durchzugehen und die nötigen Vergleiche anzustellen. Man sieht daraus, daß die Zahl der Unfälle nicht nur absolut, sondern auch relativ zugenommen hat. In früheren Jahren war dies bekanntlich auch der Fall. Damals gebrauchte man die Ausrede, nicht die Arbeit sei gefährlicher geworden, sondern die Arbeiter seien mehr und mehr auf die „Wohltaten“ der Unfallversicherung aufmerksam geworden und deshalb würde nicht mehr so oft wie früher die Meldung der Unfälle unterlassen. Man kann ja zugeben, daß es vielleicht in früheren Jahren teilweise zutrifft. Jetzt wird dies jedoch wohl kaum mehr der Fall sein und man kann nunmehr annehmen, daß die Vermehrung der Unfälle voll und ganz auf die vergrößerte Gefährlichkeit der Arbeitsweise zu setzen ist. Dabei gibt es doch zahlreiche Betriebe, in denen tatsächlich soviel Verbesserungen eingeführt sind, daß die Arbeit dort weniger gefährlich ist. Zieht man dies in Betracht, so muß man ohne weiteres zu dem Schlusse kommen, daß in anderen Betrieben soviel Unglücksfälle mehr vorkommen, daß die Gesamtzahl nichtbestoweniger vergrößert wird. Genaueren Aufschluß über die Vermehrung der Unglücksfälle werden die Untersuchungen über die Unfallursachen geben, die wir uns für eine der späteren Nummern der Metallarbeiter-Zeitung vorbehalten.

Für diesmal nur noch eine kleine Bemerkung. Die Zahl der Unfälle ist verhältnismäßig gestiegen, nichtsdestoweniger ist aber die Zahl der zum erstenmal entschädigten Unfälle von 10,0 auf je 1000 Versicherte auf 9,8 gesunken. Dies ist das „Verdienst“ der Berufsvereinigungen für Feinmechanik, für Maschinenbau- und Kleinereisenindustrie, der Sächsisch-Thüringischen Eisen- und Stahl-Berufsvereinigung, der Nordöstlichen Eisen- und Stahl-Berufsvereinigung und der Nordwestlichen Eisen- und Stahl-Berufsvereinigung. Am meisten zeichnet sich doch die Sächsisch-Thüringische Eisen- und Stahl-Berufsvereinigung aus. Obwohl die Zahl der gemeldeten Unfälle absolut und relativ gestiegen ist, ist die Zahl der von ihr zum erstenmal entschädigten Unfälle nicht nur relativ, sondern sogar absolut gesunken. Die dieser Berufsvereinigung angehörenden Unternehmer haben also besonders große Ursache, über die „Leistungen der Sozialpolitik“ zu klagen.

Kapitalprofite.

Von der Württembergischen Metallwarenfabrik in Geislingen erhielten wir folgende Berichtigung:

„In der Nr. 3 des laufenden Jahrganges der Metallarbeiter-Zeitung vom 18. Januar dieses Jahres ist unter der Überschrift „Kapitalprofite“ ein Artikel erschienen, der sich unter anderem auch mit den Geschäftsergebnissen der Württembergischen Metallwarenfabrik Geislingen a. St. in den Jahren 1905/06 beschäftigt. Es ist dort behauptet, daß die „geradezu ins Ungeheuerliche gehenden“ Abschreibungen bei der Württembergischen Metallwarenfabrik 1905: 5952910 Mk. und 1906: 6430629 Mk., „also nahezu 12 1/2 Millionen Mark innerhalb zwei Jahren“ betragen haben.

Diese Zahlen sind falsch. In Wirklichkeit betragen unsere Abschreibungen im Geschäftsjahr 1905: 405912,28 Mk. und im Geschäftsjahr 1906: 477719,05 Mk. Die von Ihnen wiedergegebenen Zahlen entsprechen den Gesamtabschreibungen seit dem Bestehen der Aktiengesellschaft, nämlich seit 1. Juli 1880 bis zum 31. Dezember 1905 beziehungsweise 31. Dezember 1906, also den Gesamtabschreibungen in 25 beziehungsweise 26 Jahren. Hieraus ergibt sich, daß die an die irrtümlich verwendeten Zahlen geknüpften Behauptungen, daß „diese Form der Gewinnverteilung doch nichts anderes als eine Verschleierung der Tatsachen gegenüber der Öffentlichkeit bedeute“, ebenso wie die angeführte Berechnung, daß „aus jedem Arbeiter der Geislinger Metallwarenfabrik im Durchschnitt innerhalb zwei Jahren 3724 Mk. an Abschreibungen herausgewirtschaftet worden seien“, einer zutreffenden Grundlage entbehren.“

Wir geben ohne weiteres zu, daß diese Berichtigung den Tatsachen entspricht. Der Verfasser des Artikels in Nr. 3, dem wir die Berichtigung vorlegten, erklärte uns, daß er seine Darlegungen über die Geislinger Fabrik auf Grund einer Zeitungsnote gemacht habe, da ihm ein offizieller Geschäftsbericht nicht zur Verfügung stand. Zur Sache selbst bemerken wir, daß auch ohne die irrtümlich so hoch angegebenen Summen für Abschreibungen die Geschäftsergebnisse der Geislinger Fabrik so hohe sind, daß sie nicht nur deren Arbeiter, sondern auch die Kapitalisten, die an dem Unternehmen nicht beteiligt sind, zur „Begehrlichkeit“ reizen können.

Zentrums- und anderes „Christliches“

Ein höchst komischer Streit ist zwischen dem Duisburger „Christlichen“ Deutschen Metallarbeiter und dem Organ der Zentrums-Facharbeiter, dem Berliner Arbeiter, entstanden. In der Versammlung eines der Berliner „Richtungen“ angehörenden katholischen Arbeitervereins in Altenstein hat Ende vorigen Jahres der Diözesanpräsident Seemann (Seeburg) eine Rede gehalten, worüber nach dem Allensteiner Volksblatt, einem Zentrumsorgan, folgendes berichtet wird:

„Eine Lüge des katholischen Arbeiters ist die Demut und Bescheidenheit. Eine besondere Base des christlichen Arbeiters ist die Anspruchlosigkeit, denn anspruchlos und in Demut soll der Arbeiter die schlichte Pflicht des täglichen Lebens erfüllen, so daß jeder sich daran erbauen kann. Eine weitere Pflicht ist, sich in seinem Beruf in Liebe zu betätigen, denn die Liebe zur Religion und Arbeit schafft Frieden im Herzen des Arbeiters und hilft die Klüfte zwischen Arbeitgeber und Arbeiter zu überbrücken. Im Lichte des Glaubens betrachte ich jeder die gewissenhafte Pflichterfüllung als eine von Gott auferlegte Duse und Notwendigkeit im Kampfe um das tägliche Brot. Ganz besonders behandelte der Herr Redner den Müßiggang und die Faulheit als ein großes Übel vor Gott und Anfeindung gegen das Sittengesetz. Sodann behandelte er das Prinzip, welches die katholischen Fachabteilungen verfolgen, die prinzipielle Gegner des Streits sind, und durch friedliche Verhandlungen und Vereinbarungen zwischen Arbeitgeber und Arbeiter die materielle Lage ihrer Mitglieder verbessern. Desgleichen muß der Arbeiter in Treue und Anhänglichkeit seinem Brotherrn ergeben sein, der dieses stets seinen Arbeitern gegenüber bestens belohnen wird.“

Dazu bemerkt das Blatt des „Christlichen“ Metallarbeiter-Bundes:

Jedes Wort würde diese etwas offenergelegte Anklage der Berliner Theorie abschwächen. Die Bemerkung können wir aber nicht unterdrücken, daß man eine solche Erziehung zur Klassenherrschaft undemut selbst bei den geben Streiftreueren nicht vermissen würde. Und mit Leuten, die in obigem Sinne er- besser gesagt: verjagen sind, wollen die Berliner die Welt erobern!

Na, na, schwarzer Metallarbeiter, nur nicht so auf hohe Stoff gefordert! Die Berliner Facharbeiter wollen keineswegs die Welt erobern, sie wollen nur, was die „christlichen“ Gewerkschaften auch wollen: die politische Zentrums-herrschaft aufrechterhalten. Es ist derlei haben, nur eine andere Nummer. Wir haben die Rede des Diözesanpräsidenten Seemann von katholischen Geistlichen und auch von anderen Seiten schon hunderte Male gehört, kann mit ein bißchen andern Worten. Und wenn die Leiter der „christlichen“ Gewerkschaften nachgerade wissen, daß mit solchen Allensteiner Lügen keine Karren mehr zu fangen sind, so ist der Erfolg dieses Bomben-

noch auch nur der — modernen Arbeiterbewegung, der sozialdemokratischen und freigeistlichen, zu danken. Die Arbeiter, mögen sie so religiös gefasst sein wie immer möglich, sehen doch ein, daß, um die geprüften Herrlichkeiten ihres religiösen Dorados dem einfließen zu können, sie hier auf Erden ihre Sinne nicht verflümmern lassen dürfen durch geringen Lohn, Überarbeit und schlechte Nahrung.

Die Menschheit ist dahinter kommen, Trost aller Heuchelei der Frommen. Daß mit dem Leben vor dem Grabe. Man endlich Ernst zu machen habe.

Indirekt gibt dies auch die Germania, das führende Zentrumorgan, zu, indem sie schreibt:

„Für den Vorwärts ist die Rede (des Bischofs) natürlich ein gefundenes Fressen“. Auch wir müssen gestehen, daß wir sie für wenig glücklich halten. Bei dem heutigen Stande der Arbeiterbewegung und der geistigen Disposition der Arbeiter scheint sie uns eher geeignet, Arbeiter in das Lager der Sozialdemokratie zu treiben als im christlichen Lager zu halten, wenn auch grundsätzlich manches darin nicht anzusehen ist.“

Also nur deshalb, weil „bei dem heutigen Stande der Arbeiterbewegung und der geistigen Disposition der Arbeiter“ die Rede geeignet ist, Sozialdemokraten zu züchten, ist der Germania die Predigt „anfechtbar“. Nicht grundsätzlich. Daraus gehen wir den Schluß, daß — die sozialdemokratische Arbeiterbewegung weggedacht — die Germania gegen den Inhalt der Rede nichts einzuwenden hätte. Unsere Kollegen ersehen hieraus wieder, wie weit der Wellenschlag der modernen Arbeiterbewegung reicht. Der Duisburger Deutsche Metallarbeiter aber hat wenig Recht, aus der Allensteiner Rede für seine Zwecke Honig zu saugen. Um so weniger, als ja auf dem „zweiten Berliner Arbeiterkongress“ den „Christen“ aller Richtungen, einschließlich natürlich der „christlichen“ Metallarbeiter, das gleiche von dem Minister Bethmann-Hollweg gesagt worden ist. Der Minister, dessen Rede mit großem Beifall begleitet wurde, sagte unter anderem:

„Sie wollen mit anderen Mitteln arbeiten (als die sozialdemokratische Bewegung). Sie wollen, wie einer der Jüngeren es bei der Eröffnung des Frankfurter Kongresses ausgedrückt hat, daß unter den deutschen Arbeitern wieder die vier Grundpfeiler aufgerichtet werden, die ihre glückliche Zukunft sichern: Fleiß, Gerechtigkeit, Nächstenliebe und Zufriedenheit.“

Der Minister konnte sich, wie die „Lilien“ sehen, bei seinen Worten ausdrücklich auf Einleitungsparole des ersten antisozialdemokratischen Frankfurter Kongresses berufen.

Eine andere Gruppe der am Berliner Kongress beteiligten „Christen“, die evangelischen Arbeitervereine, bringen in ihrem Verbandsorgan, dem Evangelischen Arbeiterboten, allwöchentlich als Leitartikel eine religiöse Erbauungspredigt, die regelmäßig auf den Ton, den der Allensteiner geistliche Redner anschlug, gestimmt ist, ja, ihn noch übertrifft. So paraphrasierte der Redner in seiner Leitartikelpredigt einmal den Satz: „Ein rechter Knecht hat die Zahlung des Lohnes abzuwarten!“ Soweit die evangelischen Arbeiter eines Rates zugänglich sind, möchten wir ihnen empfehlen, wenn der Verleger des Evangelischen Arbeiterboten, die betriebsame Firma E. Hundt sel. Witwe in Pattlingen a. d. Ruhr, die Abkommensbeiträge einzufrieren läßt, die jüdische Firma auf diese Erbauungspredigt hinzuweisen, die Lesenden zuzubehalten und mit entgegengesetzter Miene zu antworten: „Ein rechter Knecht hat die Zahlung des Lohnes abzuwarten!“ Selu! Amen!

Wie die „Evangelischen“ „I solchen „abwartenden“ Knechtsmaximen dazu kommen, ist in Gemeinschaft mit den „Jüdisch-Dummköpfen“ sich an Gewerbegerichtswahlen zu beteiligen — das mögen die Götter wissen.

Zur Beachtung! • Zugzug ist fernzubalten:

- von Bijouterie- und Goldarbeitern nach Paris St.;
- von chirurgischen Instrumentenmachern nach Luttlingen (Schweizer) L.;
- von Drechern, Hoblern, Bohrerern nach Baugen (Industriewerk); nach Budapest (Fa. Ganz & Co.) A.;
- von Formern, Eisenblecharbeitern und Kernmachern nach Lachen (Firma Dubois) D.; nach Chemnitz (Chemn. Eisenblechgesellschaft) St.; nach Elbing (Schichauer) Mi.; nach Gelsenkirchen (Euphach) und Eisenwerk, vorm. Munscheid) D.; nach Karlsruhe (Firma Baumwals) A.; nach Oberhausen i. Rheinl. (Firma Babcof & Wilcox, Dampfesselfabr.) D.; nach Ratibor (Stahlgießerei Ganz & Co.) St.; nach Ratingen (Ulrichs & Henrichs) St.; nach Kottenburg a. N. (Fa. Grünau) St.; nach Wolfenbüttel (Ziederwerke) M.; nach Zabern i. Elz. (Fa. A. Demange) D.;
- von Gold- und Silberarbeitern nach Pforzheim (Fa. G. Köpfe Nachfolger) D.;
- von Goldschlägern nach Nürnberg und Schwabach;
- von Graveuren nach Zürich L.;
- von Kesselschmiedern, Schmiedern, Rietern und Stemmern nach Halle a. S. (K. Meyer, Kesselfabrik) M.;
- von Klempnern, Flaschner, Spenglern und Installateuren nach Dresden (E. Jul. Arnold Nachf., Fahrrad- und Automobilfabrik) St.; nach Osnabrück und Königsberg i. Pr. (Gasmescherfabrik Kromschärdter) St.; nach Schleswig. D.; nach Stuttgart, D.; nach Zürich, St.;
- von Metallarbeitern aller Branchen nach Bielefeld (Fa. Görde) St.; nach Budapest (Ganz & Co.) A.; nach Elbing (Schichauer) Mi.; nach Erfurt (Stang- und Emailierwerk Reichardt & Feide, Eisen- und Blechfabrik) D.; nach Forst (Fa. Jul. Humann) St.; nach Heilbronn (Camerawerke, Inhaber: Köster & Mayer) M.; nach Heinrichs (siehe Suhl); nach Hornberg (Schleuter & Co.) D.; nach Kopenhagen (Büchsenfabrik Jørgensen & Søn) D.; nach Leonberg und Marzahn L.; nach Siegnitz (Fa. Gubisch) D.; nach Paris; nach Pforzheim (Maschinenfabrik E. Koch und mech. Werkstatt R. Frozmann) M.; nach Hoflau a. E. (Lohrer) D.; nach Bad Neuenahr (Zur Redden & Haedye, Drahtgeschloßfabrik) A.; nach Kottenburg a. N. (Fa. Grünau, Maschinen) St.; nach Singen a. H. (Eisen- und Stahlwerke, vorm. Fißler & Co., Fittingsfabrik) D.; nach Solingen; nach Suhl i. Th. (Waffen-, Fahrrad- und Kriegsfahrzeugfabrik Simon & Co.) St.;
- von Metallarbeitern nach sämtlichen Schwarzwaldböden;
- von Metallarbeitern nach Dresden (E. Jul. Arnold, Fahrrad- und Automobilfabrik) St.;
- von Schmiedern und Schlossern nach Bochum (Firma D. Suez) M.;
- von Uhrarbeitern nach Langrich und Schwenningen A. (Die mit A. und St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, die überhaupt zu werden sind; v. St. heißt: Streik in Aussicht; L.: Lohnbewegung; A.: Ausperrung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; Mi.: Mißstände; N.: Lohn- oder Akord-Reduktion; S.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Die Anträge auf Verhängung von Sperren müssen hinreichend begründet und von der Verwaltungstelle beglaubigt sein.

Vor Arbeitsaufnahme in Orten, wo keine der obigen Anlässe in Betracht kommen, sind die Mitglieder verpflichtet, sich stets zuvor bei der Ortsverwaltung, dem Geschäftsführer oder Bevollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Wo keine Verwaltungstelle besteht, wolle man sich an den Vorstand wenden. Das gleiche gilt für alle die, die an ihrem jetzigen Arbeitssort ihre Stelle wechseln.

Korrespondenzen.

Feilenhauer.

Nürnberg. Es wehren sich die Feiler, daß Kollegen unter Umgehung des für die hiesige Feilenindustrie bestehenden obligatorischen und paritätischen Arbeitsschutzes sich in Nürnberg Arbeit zu verschaffen suchen. Wir machen daraus annehmen, daß dies unter keinen Umständen zulässig ist. Gegebenenfalls müßten wir gegen die betreffenden Kollegen ein Ausschlußverfahren einleiten. Es wäre sehr wünschenswert, wenn die Kollegen den Berufsvereinigungen in der Metallarbeiter-Zeitung mehr Aufmerksamkeit widmen würden: als denen der Zeitung „Meister und Feiler“. Der Arbeitsnachweis befindet sich in Nürnberg in der Söbdenen Karthäuserstraße Nr. 12.

Formner.

Nürnberg. Die Stille hat nun auch in Nürnberg mit einer Heftigkeit ergriffen, die zu den schwersten Beforgnissen Anlaß gibt. Untermäßig ist es nur allem das Eisenwerkzeuggewerbe, das zuerst und am meisten von den Wirkungen des hiesigen Geschäftslagens betroffen wird. Es ist demnach tatsächlich die Arbeitlosigkeit unter den Nürnberger Formnern und Eisenwerkzeugmachern auf einer Höhe angelangt, wie nie zuvor. Die Situation der Arbeiter wird noch dadurch erschwert, daß einige Unternehmer, die nicht gerade die besten Arbeitsverhältnisse in ihren Betrieben haben, fast der eingewanderten alten Nürnberger Arbeiter junge Zugewandte bei der Einstellung bevorzugen. Das haben auch ein paarer Druck auf die Löhne erzeugt, ist selbstverständlich. Wir warnen deshalb alle Kollegen davon, auf Arbeitssuche hin nach Nürnberg zu kommen.

Gold- und Silberarbeiter.

Köpenhagen. Wegen Tarifstreiks durch die Silberwarenfabrik E. N. Bohr sind am 22. Januar die Arbeiter aller Branchen des Betriebs in den Ausstand getreten. Wir warnen deshalb die Kollegen, bei der Firma Arbeit anzunehmen. Sie sucht Arbeiter auf Kontrakt nach Fredericia und nach Kopenhagen.

Klempner.

Dresden. Seit zwei Jahren sind wir bestrebt, die hiesigen Klempner zu organisieren, um für sie zu erreichen, was die Kollegen anderer Städte längst durch die Organisation erreicht haben. Die Bewegung, die im Sommer 1906 einsetzte, fand aber bald ein. Die einzelnen Kollegen versagten, weil nicht gleich alle dem Verband beitrugen. In ein paar Monaten waren wieder alle Klempner auseinander. So war es bei „Gehilfen“ hier auch schon einmal ergangen. Die Nürnberger Verbandslösung versagte jedoch nicht. Unsere Bemühungen waren schließlich mit Erfolg gekrönt, heute haben wir einen großen Teil der Klempner und Installateure für unseren Verband gewonnen und wir hoffen, daß der Rest in kurzer Zeit auch beitreten wird. Die Statistik, die wir ausgearbeitet haben, zeigt jedem deutlichen Arbeiter deutlich, daß es höchste Zeit ist, beider Verbände im hiesigen Klempnergewerbe zu schließen. Leider haben wir einige Kollegen mehr überzeugen können als nötig war. Es müßten wir uns dem schließlich mit einer Ausnahme begnügen, die nicht wünschenswert ist, weil sie nicht alle Vorteile bringt. Die Statistik umfasst 8 Betriebe mit 27 Gehilfen, 2 Schloßern und 2 Installateuren. Die tägliche Arbeitszeit beträgt überall 10 Stunden. In fünf Betrieben werden Überstunden gemacht. Für Überstunden werden nur in zwei Betrieben Zahlung von 15 und 20 Prozent bezahlt. In fünf Betrieben sind Samstag gearbeitet. Demnach sind in drei Betrieben ein Zuschlag von 100 Prozent bezahlt. Das wird wohl für die Kollegen ein Signal sein, dafür zu sorgen, daß der Zuschlag von 100 Prozent

halb überall bezahlt wird. Ein Meister zahlt für Nachtarbeit keinen Pfennig mehr. Bau- und Montagezulagen werden nur von zwei Meistern bezahlt. Fünf Betriebe zahlen für Arbeiten in Nachbargemeinden nichts. Die Löhne bewegen sich zwischen 30 und 40 Pf. pro Stunde. Es braucht wohl nicht besonders erwähnt zu werden, daß für die Dürerer Verhältnisse ein Stundenlohn von 40 Pf. zu gering ist. Tatsächlich bewegen sich die Löhne mehr um 30 Pf. herum, anstatt um 40 Pf. Sobann besteht noch das traurige Verhältnis, daß für schmutzige Arbeit keine Extravergütung bezahlt wird. Schutzvorrichtungen kennt man nur in drei Betrieben. Ist denn das Leben eines Arbeiters billiger als eine Schutzvorrichtung? Wascheinrichtung, Ventilation und Heizung fehlen in einigen Betrieben gänzlich. Bei einem Abort wird Einbruchgefahr gemeldet. Das sind so einige Streikrichter auf das Dürerer Klempnergewerbe. Danach braucht man sich nicht zu wundern, wenn die fremden Kollegen hier schon nach kurzer Zeit wieder den Staub von den Pantoffeln schütteln. Ein Pfälzer sagte: „Dös sin te Menschen do.“ Eine Betrachtung dieser Zustände muß doch jedem klar vor Augen führen, daß diese Zustände von Grund aus verbesserungsbedürftig sind. Man sollte schon erwarten, daß alle Arbeiter dieser Branche einmütig sich der Organisation anschließen. Ohne gewerkschaftliche Organisation gibt's eben keine Einigkeit und keinen Rückhalt. Ohne Einigkeit und Zusammenhalt der ganzen Kollegschaft wird aber auch niemals eine Besserung zu erzielen sein. Es kommt deshalb gerade jetzt darauf an, ob sich uns alle anschließen. Mit dem Frühjahr kommt neues Leben. Darum rufen wir den Jagenden und Anschließenden zu: Tretet ein in unsere Reihen. Werbet eifrige Mitstreiter im Kampfe für Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Nur durch die Macht der Organisation ist das Ziel zu erreichen.

Düsseldorf. In der in voriger Nummer enthaltenen Korrespondenz ist eine bedauerliche Namensverwechslung vorgekommen. Die dort genannten Klempner Wessels und Hüter sind keine „Arbeitswilligen“ gewesen, arbeitswillig waren aber der genannte Kolf und die Klempner Hüther und Länger. Tatsache ist es also, daß der „christliche“ Verband drei Arbeitswillige als Kandidaten zur Gewerbegerichtswahl aufgestellt hat. — Bei dem letzten Streik wurden auf den Bauten in Düsseldorf von christlichen Arbeitern Zettel folgenden Inhaltes verteilt: „Was ist ein Streikbrecher? Ein moralisch verflumpter Mensch, der um eines augenblicklichen kleinen Vorteils halber seinen Kollegen in den Rücken fällt. Ein Streikbrecher kämpft mit den Unternehmern gegen seine Kollegen! Er fällt seinen Kollegen in den Rücken und tritt die Arbeiterinteressen mit Füßen. Ein Streikbrecher schadet nicht nur seinen Kollegen, er schadet auch sich selbst und seiner Familie. Wegen einen Judaslohn von einigen Groschen bringt er die gerechten Forderungen der Arbeiter zu Falle, zum Schaden der Gesamtheit, zu seinem eigenen Schaden. Früher hieß es: Der größte Lump im ganzen Land, das ist und bleibt der Demunjan. Das ist heute nicht mehr wahr. Der größte Lump im ganzen Land ist heute zweifellos der Streikbrecher.“

Stuttgart. Die hiesige Flaschner- und Installateur-Innung beabsichtigt, die Gesellen, die den ihnen von der Innung vorgelegten Vertrag nicht unterzeichnen wollen, auszusperrern. Zugzug ist fernzubalten!

Metallarbeiter.

Altenburg. Die Krise hat hier ihren Einzug gehalten. Die Betriebe der Metallwarenindustrie und die Motorenfabrik und Eisengießerei von Balduin Beststein sind vorläufig in Mitleidenschaft gezogen. Für gewisse Vorgelegte ist nun der Augenblick gekommen, dem Unternehmern in der Verschlechterung der Lage der Arbeiter behilflich zu sein. Zu diesen Vorgelegten gehört auch der Formnermeister Zander bei der Firma Balduin Beststein. Dieser war bis Anfang Oktober vorigen Jahres Mitglied unseres Verbandes und er wußte dessen Einrichtungen in einer Weise zu würdigen, daß man ohne weiteres in der Lage ist, sein jetziges Vorgehen gegen unsere Kollegen als Dank gegen die Organisation zu begreifen. Schreiber dieses lernte den jetzigen Formnermeister Zander 1902 in Braunschweig kennen. Rann dort angelangt, wählten ihn seine engeren Berufs-kollegen zu ihrem Branchenleiter. Welche Organisationsarbeiten er dort verrichtet hat, beweist seine Flucht nach der Schweiz, die er der Braunschweiger Polizei zu Gefallen unternahm. Zander sollte sich damals, nach Annahme der Polizei, etwas zu radikal gegen einen Feind in Gestalt eines Formnermeisters „ausgedrückt“ haben, aber nicht etwa in der Erregung wegen Differenzen mit dem Meister, sondern auf der Straße im Dunkel der Nacht. In Altenburg tauchte Zander im Januar 1907 auf, erhob als angehender Meister Meistergeld, später Lohnunterstützung, und nach seiner erfolgten Kündigung bei der Firma Otto Köhler Erwerbsslofenunterstützung bei Krankheit. Nach der Krankheit stellte sich heraus, daß Z. in Alfersleben, wohin er beurlaubt war, bei einem Volksfest in einem Bierzelt mit tätig war, daß er ferner seinen Wagenkaffar durch Biergenuß und seinen Aufenthalt in Bierzelten bis um Mitternacht kurierte. Obwohl Z. 1907 Unterstützungen in Höhe von 89,70 Mk. vom Verband bezog, fühlte er sich nicht verpflichtet, die zu Unrecht bezogene Unterstützung zurückzugeben. Einige Ausperrungen Zanders, die er nach seinem Eintritt als Meister bei Beststein fallen ließ, mußten wir wiedergeben: „Die Preise sind viel zu hoch, da würden Großstadtformner die Finger danach leden.“ — „Von eurem Tarif bin ich kein Freund.“ — „Ausschluß darf's nicht mehr geben.“ (Bemerkte muß werden, daß der Ausschluß in der Hauptsache durch Zanders Anordnungen entfiel.) — „Ich las mir nicht übers Maul fahren; ob jemand ein guter Arbeiter ist und auch jahrelang im Betrieb tätig, ist gleich, wer sich meinen Anordnungen nicht fügt, der m. d. entlassen.“ — Zu einem Lehrling: „Ich werde dich mit der Latte formen lernen.“ — Es entstanden zunächst Differenzen, weil Zander Ausschlußpaß nicht mehr bezahlen wollte. Man einigte sich in einigen Fällen dahin, daß dem Formner, der einmal Ausschluß gegossen, ein Lehrling zu Hilfe zu geben sei, durch den die Scharte ausgeglichen werden sollte. Aber kaum hatte der Lehrling geholfen, wurde ihm von Zander schon wieder andere Arbeit zugewiesen. Aus geringfügigem Grunde wurde einem Kollegen das Arbeitsverhältnis gekündigt, worauf unsere Kollegen sich verteilten ließen, ebenfalls zu kündigen. Nach Schlichtung dieser Angelegenheit setzte Zander sein provokatorisches Auftreten fort. Für eine Arbeit bot er 6 Mk., wofür er dann 10 Mk. geben mußte. Weil angeblich eine Verbesserung in der Arbeitsmethode festgestellt hatte, wurde sie immer noch um 14 bis 17 Mark billiger hergestellt als früher. Abgemacht wurde, daß deshalb auf schlecht bezahlte Arbeiten zugelangt werde. Da Zander nicht Wort hielt, drohte ihm ein Kollege mit Zeugnissen, was wir entschieden verurteilen. Der betreffende Kollege hatte ja nicht nötig, Schweizer Boden aufzusuchen, aber er wurde auf Veranlassung Zanders ohne Kündigung entlassen. Am 18. Januar wurden drei Kollegen entlassen, wovon zwei bereits acht Jahre im Betrieb tätig waren. Der vorgelegte Arbeitsmangel kann die Firma trotz ihres Behaltens gegenüber dem Arbeitermangel vor dem Ruin, in sozialer Hinsicht rückständig zu sein, nicht schützen. Alle Formner hatten sich erboten, entweder nach kürzerer Zeit zu arbeiten oder abweichend so anzusehen, daß Entlassungen vermieden werden könnten. Der Grund, warum unsere Kollegen entlassen wurden, ist durch die Worte Zanders festgelegt, die er zu einem Formner eines anderen Betriebes äußerte: „Ich werde sie schon wieder kriegen, wenn noch ein Paar draußen sind, kann ich sie einziehen.“ Also Maßregelungen hat Zander im Gewerkschaftsmit dem Firma vorgenommen. — Seine ganze Größe hat Zander allerdings erst dadurch gezeigt, daß er einem der entlassenen Kollegen beim Ablauf der Kündigung die Überzeugung beibringen wollte, daß er nicht so auf seinem gesetzlichen Rechte bestehen solle. Man wisse nicht immer, was für die Zukunft gut sei. Er (Zander) könnte längst Bevollmächtigter sein (!), aber er habe eingesehen, daß das alles Schwandl sei, deshalb habe er sich auf die andere Seite geschlagen. Geht wird ja nur vom Bureau aus (gemeint ist unser Bureau nicht etwa das der Firma Beststein). Sie werden sich wundern, wenn Sie anderswärts mit einem niedrigeren Verdienst vorlieb nehmen müssen.“ Das aber Leute vom Schlage Zanders für niedrige Löhne gefogt haben und er bei Beststein jetzt daselbst tut, daß da die Löhne niedrig sind, scheint dem guten Manne noch nicht zum Bewußtsein gekommen zu sein. Wenn jeder organisierte Arbeiter die Organisation so ansieht wie Zander, dann könnte man freilich sagen

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 9. Februar der 7. Wochenbeitrag für die Zeit vom 9. bis 15. Februar 1908 fällig ist.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 5 des Verbandsstatuts gestattet.

Der Verbandsmitglied Herrmann 20 Pf. pro Quartal. Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung rein tariflicher Rechte zur Folge.

Ausgeschlossen werden nach § 22 des Statuts:

Auf Verlangen des Vorstandes:
Der Formner Anton Vogt, geb. am 8. Mai 1882 zu Bayers-Allingen, Nach-Nr. 960175, wegen Unterbringung von Verbandsgebern.

Auf Antrag der Verwaltungstelle in Dürres a. N.
Der Formner Theodor Meißner, geb. am 26. März 1858 zu Dürres, Lit. A. Nach-Nr. 31401, wegen Betrugs.

Bücher angenommen wird:

Auf Antrag der Verwaltungstelle in Schwabach:
Der Silberschläger Leonh. Brunner, geb. am 29. Oktober 1866 zu Schwabach.

Nicht weiter angenommen werden darf:

Auf Antrag der Verwaltungstelle in Sombrodt:
Der Formner Josef Schumann, geb. am 22. März 1873 zu Sombrodt, Lit. A. Nach-Nr. 65821, wegen Betrugs gegen die Verbandsmitglieder.

Aufforderung zur Rechtsverfolgung.

Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen der gegen sie beim Verband erhobenen Rechtsverfolgungen zu verantworten. Sofern einer dreimal hintereinander erscheinenden Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschließung aus dem Verband.

Auf Antrag der Verwaltungstelle in Dürres:

Der Klempner Artur Serr, geb. am 20. August 1868 zu Dürres, Nach-Nr. 30724, wegen Unterbringung.

Auf Antrag der Verwaltungstelle in Suhl:

Der Formner Otto Glaswitzer, geb. am 2. März 1873 zu Suhl, Nach-Nr. 75924, wegen unrichtiger Beiträge.

Auf Antrag der Verwaltungstelle in St. Jägerst:

Der Schlosser Fritz Schneider, geb. am 2. August 1867 zu Jägerst, Lit. A. Nach-Nr. 18574, wegen Betrugs.

Der Mitglied Nr. 88796, lautend auf den Schlosser Joh. Schalk aus Suhl, eingetragten am 1. Januar 1886, ist aufgehoben und es den Vorstand empfohlen.

Alle für den Verband bestimmten Mitgliedsbeiträge sind nun an Theodor Meißner, Stuttgart, Weiße-Str. 16b zu zahlen; auf dem Postkonto ist genau zu beachten, wofür das Geld verwendet ist.

Mit telegraph. Befehl Der Vorstand.

daß sie durch Schwindelmanöver ausgenützt wird. — Der neue Mitinhaber der Firma nimmt zu dem Arbeiterausschuß einen Standpunkt ein, der als mißachtend bezeichnet werden muß. Bei dem Vorkommnisse des Unfalls äußerte er: „Wir brauchen nicht zu verhandeln, wer nicht mit seinem Meister zufrieden ist, mag sich einen anderen Meister suchen.“ Als ein Vertreter im Arbeiterausschuß zum Schluß einer Unterhandlung sagte: „Wir glauben unsere Pflicht erfüllt zu haben,“ äußerte der Herr: „Ach was, Pflicht erfüllt, wo anders gibt's das überhaupt nicht mehr, das ist nur in Altenburg Mode.“ Wo anders — ist da vielleicht der Worb gemeint, Herr Krause? Wir möchten den Herrn Krause darauf aufmerksam machen, daß bei der Firma Beschäftigte sogar manches Mode ist, was man anderswo nicht antrifft. Vielleicht besteht sich Herr Krause einmal die Krone in der Gießerei, die Wasserleitung dortselbst und die Ventilationsrichtung des ganzen Betriebes, dann kann er mit Recht sagen: „Wo anders gibt's das nicht mehr.“ Diese Zeiten dürften bei eventuellen Arbeitergesuchen der Firma für unsere auswärtigen Kollegen von Nutzen sein, zumal die Firma erklärt hat, daß sie auf die Weiterbeschäftigung der Formner verzichten müsse, weil für die nächste Zeit Arbeit nicht in Aussicht sei. — Bei der Firma H. A. Köhler's Söhne wird mehr und mehr die Frauennarbeit eingeführt, aus diesem Grunde sind bis jetzt sieben unverheiratete Klempler entlassen worden. Den verheirateten Klemplern hat die Firma versprochen, daß bei schlechter Geschäftslage zuerst die Ledigen und die Arbeiterinnen entlassen werden. Da die Firma die ledigen Kollegen aber entlassen hat, um für weibliche „Klempler“ Platz zu gewinnen, ist es fraglich, ob nicht auch die Verheirateten der weiblichen Arbeitskraft Platz machen müssen. Interessant ist es, daß Klempler bei der Firma vier Jahre lang auszubilden werden auf dieselbe Arbeit, die jetzt von Frauen hergestellt wird; ferner, daß Gehrlinge sofort nach Beendigung ihrer Lehrzeit der Frauennarbeit weichen mußten. Interessant ist weiter, daß es ein Hirsch-Wunderlicher Vorkommnis ist, der die Frauen zur Klemplerei emporhebt. Wahrscheinlich macht sich der gute Mann die Resolution seines Verbandes, die 1898 in Magdeburg angenommen wurde, zu eigen. Dort heißt es: „Der Beruf der Frau ist am wichtigsten und segensreichsten in der Familie.“ An einer anderen Stelle: „Die Entlohnung der weiblichen Arbeitskraft muß bei gleicher Leistung der der männlichen Arbeiter gleichkommen.“ Der Herr aber bringt es über sich, die Frauen mit noch weniger als 50 Prozent des Stücklohnes der Männerarbeit abzuweisen. Den Frauen und Mädchen rufen wir zu: „Nicht zu er schönen Augen wegen seid ihr eingestellt worden, sondern ihr sollt die männlichen Arbeiter verdrängen, um der Firma einen größeren Gewinn zu verschaffen. Auch eure Arbeitskraft wird der Firma einmal zu teuer, deshalb müßt ihr hinein in den Deutschen Metallarbeiter-Verband, um an der Seite der Männer eure Interessen wahren zu können.“

Differenzen. Die Firma Stäler in Niederzwey bei Diederichsen läßt hier Montagearbeiten ausführen. Der Obermonteur ist ein gewisser Kies. Dieser stellt Arbeiter ein und entläßt sie auch. Doch glaubt dieser Mann mit den Arbeitern seinen Spott treiben zu können. Am 31. Dezember vorigen Jahres sagte er den Arbeitern, sie bräuchten erst am 15. Januar wiederzukommen, bis dahin wäre der alte Hochofen zu montieren. Am 12. Januar ging nun ein Arbeiter, der auch am 15. mit den anderen wiederkommen sollte, zu Kies und fragte ihn, wie es mit der Arbeit aussehe. Es wurde ihm bedeutet, am 15. wiederzukommen. Als der Arbeiter an diesem Tage kam, sagte Herr Kies, er möge am 20. kommen. Als der Arbeiter am 20. kam, erhielt er den Befehl: Es seien Arbeiter genug da, er könne ihn nicht einstellen. Dies war vormittags 10 Uhr. Eine Stunde später, um 11 Uhr, stellte Kies noch neun Arbeiter ein. Was für ein Bestieskind dieser Kies ist, beweist noch folgendes: Ein Arbeiter erlitt einen Unfall, wodurch er den kleinen Finger verlor. Kies meldete den Unfall nicht an, sondern höhnte noch, der Verletzte habe sich den Finger wohl in einem Jahrtausend kaputt geschlagen. Damit der Arbeiter nicht selbst den Unfall zur Anzeige bringen sollte, wollte er ihn damit hänge machen, er (der Arbeiter) würde bestraft. Doch all dies zog nicht, der Unfall wurde angezeigt. Daraus ersehen die Kollegen ohne weiteres, wie Kies mit den Arbeitern umspringt.

Fortz (M.-L.). Seit dem 8. Januar dieses Jahres befinden sich unsere Kollegen von der Firma Julius Thumann (Metallwaren-fabrik und Kupferstempelerei) in einem Abwesenheitsstreik. Die Firma bemühte sich seit längerer Zeit, durch Inzerate in einer ganzen Reihe von Fach- und Provinzialblättern Arbeitskräfte nach Fortz zu ziehen, ohne auch nur im entferntesten daran zu denken, für die herangezogenen Kollegen genügend Platz zum Arbeiten zu schaffen und für Arbeitsmaterial zu sorgen. Anfangs Januar mußten wir zu den Maßnahmen der Firma Thumann Stellung nehmen. In einer Werkstattbesprechung wurde beschloffen, die Bezirksleitung solle die einzelnen ausgesprochenen Wünsche und Beschwerden der Firma schriftlich unterbreiten. Ehe es jedoch zur Ausführung dieses Beschlusses kam, entließ die Firma plötzlich einen tätigen Kollegen unseres Verbandes. Einer Kommission, die wegen dieser plötzlichen Entlassung vorstellig wurde, ist erklärt worden, daß noch mehr Verbandsmitglieder „Nieger“ werden. Dieser Drohung folgte auch die Tat am Fuß. Koch an demselben Tage „Hogen“ dann auch noch zwei für die Organisation tätige Kollegen hinaus. Wieder wurde eine Kommission bei Herrn Thumann vorstellig; aber auch jetzt erfolgte eine schroffe Ablehnung. Es blieb demnach nichts weiter übrig, als die Arbeit niederzulegen und Herrn Thumann mit seinen Meistern „Herr im Hause“ sein zu lassen. Die Firma will in Zukunft nur noch Unorganisierte beschäftigen, deshalb macht sie ziemlich große Anstrengungen, unorganisierte Arbeiter zu bekommen. Dieser Standpunkt des Herrn Thumann ist um so eigentümlicher, da der Deutsche Metallarbeiter-Verband und auch die Kupferstempelerei in einem Vertragsverhältnis mit der Firma stehen. Die Metallarbeiter aller Branchen werden ersucht, den Zugang nach Fortz strengstens fernzuhalten. Durch die Organisation sind die traurigen Lohnverhältnisse der Metallarbeiter in Fortz im letzten Jahre nicht unbedeutend verbessert worden. Die von genommenen Maßregeln der Firma Thumann sind offenbar darauf berechnet, die vertraglichen Bedingungen allgemein zu beseitigen. Paktet den Zugang fern!

Savau a. M. Die am 25. Januar abgehaltene Jahresversammlung unserer Verwaltungsstelle war zahlreich besucht. Kollege Graß wünschte, die Kollegenschaft möchte auch im neuen Jahre fest und treu zusammenhalten, wie im alten. Gerade jetzt ist es notwendig, angesichts der Krise; versuchten doch einige Unternehmer, Verschlechterungen in ihren Betrieben einzuführen zum Nachteil der Arbeiter. Deshalb müsse ein jeder auf dem Poßen sein. Kollege Hoffmann erstattete sodann den Jahresbericht für 1907. Für die Hauptlasten betragen die Einnahmen zusammen 62 796,93 Mk. Die Ausgaben betragen zusammen 63 689,79 Mk. Die Einnahmen der Sozialkasse betragen im vergangenen Jahre 22 462,94 Mk. die Ausgaben 14 330,55 Mk. Mithin ist ein Kassenbestand am 1. Januar 1908 von 8132,29 Mk. vorhanden. An das Gewerkschaftsstatistik wurden 1296,06 Mk. abgeführt. Mitglieder waren am 1. Januar 1908 2548 vorhanden. Im Verhältnis zum 1. Januar 1907 ein Mehr von 39 Kollegen. An Versammlungen wurden im verfloßenen Geschäftsjahre abgehalten 14 öffentliche, 25 Mitglieder- und Branchenversammlungen, 16 Sitzungen der Vertrauensleute und der Agitationskommission. An Geschäftsbesprechungen wurden 139, an Konferenzen zwei abgehalten. Auch dem geselligen Verkehr der Mitglieder wurde Rechnung getragen in der Form von Lichtbildervorträgen, Ausflügen und sonstigen Veranstaltungen. Persönliche Unterhandlungen mit Unternehmern waren 55 notwendig. Eine wöchentliche Lohnerschöpfung von 786 Mk. erreichte der Verband im Jahre 1906 für 296 Formner und Gießereiarbeiter und für 1868 Gold- und Silberarbeiter eine solche von 8780 Mk. Im Jahre 1907 erreichte der Verband für 139 Kollegen in der Schlosser- und Maschinenbranche sowie für die Spengler und Installateure eine wöchentliche Erhöhung ihres Lohnes um 817,43 Mk. Zufußmen wurde in den letzten zwei Jahren für 2603 Kollegen eine wöchentliche Lohnerschöpfung von 10038,43 Mk. erkämpft, oder durchschnittlich für jeden einzelnen eine Erhöhung seines wöchentlichen Verdienstes von 3,87 Mk. Außerdem wurde eine Besserbezahlung der Überstunden, Abstellung von Mißständen und Einrichtung von sanitären Anlagen erreicht. Eine Schützungs-

der Arbeitszeit wurde für 2427 Kollegen wöchentlich von 1 1/2 bis 9 Stunden oder durchschnittlich für jeden einzelnen eine wöchentliche Verkürzung der Arbeitszeit um 5 Stunden von Seiten der Arbeitgeber bewilligt. Kollege Hoffmann schloß seinen Bericht mit dem Wunsch, die Mitglieder mögen das Erreungene hochhalten und weiterkämpfen im Interesse der Organisation und ihrer Familien.

Kaiserlautern. Nachdem vor einiger Zeit die Maschinenfabrik von Zichow mehrere Arbeiter entließ, hat jetzt auch die Eisen- und Herdabfabrik von Wächter, die in normalen Zeiten circa 70 Arbeiter beschäftigt, 40 Mann, also über die Hälfte gekündigt. Die Kündigung wird wohl mit einem geplanten Neubau begründet, allein die Tatsache, daß verschiedene Tausend Eisen vorrätig sind und die Art der Kündigung lassen die gegebene Begründung als nicht stichhaltig erscheinen, zumal diese Firma durch ihre Kontrollen, die sie öfters vor dem Gewerbeamt gibt, als eine der rücksichtslosesten gegen die Arbeiter bekannt ist. Mancher Arbeiter, der glaubte, bei der Firma sichere Stellung zu haben und deshalb die Organisation verschmähte, mag nun erleben, wie leicht man sich täuschen kann. Auch die Behandlung in manchen Betrieben wird immer rücksichtsloser. Kollegen, seid auf der Hut!

Köln a. Rh. Die Betriebsleitung der Lindenthaler Metallwerke Altricht weigert sich, den bisher geltenden Tarif erneut abzuschließen, sie will vielmehr den Abschluß auf den 1. September verschieben. Daraus können die Arbeiter nicht eingehen, da um diese Zeit die Saison vorüber ist und sie dann jede Zumutung hinnehmen müßten. Die Verhandlungen zwischen der Arbeiterkommission und der Betriebsleitung dürfen als gescheitert gelten, es ist eine gütliche Einigung kaum zu erwarten. In Rücksicht darauf ersuchen wir, den Betrieb zu meiden. Auch von allen hiesigen Schleifereien ist Zugang fernzuhalten.

Oberhausen (Rheinland). Über die Gießerei der Kesselfabrik von Babcock & Wilcox wurde vor einigen Wochen die Sperre verhängt, weil eine Kommission, die wegen Festsitzung der dort herrschenden Mißstände bei der Direktion vorstellig werden sollte, ohne angehört zu werden, sofort auf Pfahler gesetzt wurde. Auch wurde weiteren acht Formner, die „hinreichend verdächtig“ erschienen, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband angegehört, plötzlich gekündigt. Da die energisch durchgeführte Sperre der Firma ziemlich un bequem wurde, andererseits jede Verhandlung schroff zurückgewiesen wurde, suchte man andere Mittel, um der verhassten Organisation ein auswärtiges zu können. In letzter Zeit haben die Streikposten, wie sehr sich die Polizei für ihre Tätigkeit interessiert, 4 bis 5 Mann spazieren sie fast täglich beim Fabrikator aus und ein. Aber es war kein Unpaß zu finden, gegen die Posten vorgehen zu können, trotzdem Meister Ziegler in der Bude erklärte, den Deutschen Metallarbeiter-Verband verfolgen zu wollen, weil er die Arbeitswilligen abhalte. Doch endlich war die ersuchte Gelegenheit gekommen, eine Staatsaktion einzuleiten zu können, das kam so: Zwei Maschinenformner, die zusammen arbeiteten, gerieten in Wortwechsel, weil der eine den anderen beim Meister anschauerte und seinem Kollegen stets entgegenarbeitete, weshalb dieser dem Meister erklärte, mit dem Formner nicht mehr zusammenarbeiten zu können. Darauf blieb der Angeber am Mittwoch nachmittags aus, kam aber gegen 3 1/2 Uhr zur Portierbude und verlangte seine Papiere, weil sein Mitarbeiter W. ihn mit Prügel bedroht hätte, wenn er nicht die Arbeitsstelle aufgäbe. Der Polizeikommissar Z., der „zufällig“ im Portierhäuschen anwesend war, ließ den W. rufen. Von weitem rief der P. K. dem W. zu: „Aha, bist du da?“ und geleitete W. in die Portierbude. Hier wurde W. dem Angeber gegenübergestellt, der behauptete, daß W. zu ihm gesagt habe: „Wenn du weiter arbeitest, schlage ich dir die Knochen kaputt.“ Dies erklärte W. für eine Lüge. Darauf schlug ihn der Polizeikommissar etwa sieben- bis achtmal ins Gesicht mit den Worten: „Du verdammter Hund, willst andere Leute von der Arbeit abhalten!“ W. wurde dann mit zur Wache geschleppt. Unterwegs sagte er zu W.: „Das kostet dich mindestens drei Monate nach § 163.“ W. bestritt natürlich die Tat. W. wurde dann gedroht, daß er 25 aufgejährt bekomme, wenn er nicht die Wahrheit sage, das heißt die Tat eingestehle. Da auch diese Drohung nichts nützte, wurde W. in eine Zelle gesperrt, nach einer Stunde nochmals vernommen und als immer noch kein Geständnis erfolgte, auf freien Fuß gesetzt. So geschahen im zwanzigsten Jahrhundert in Oberhausen. Gegen den Oberhüter der öffentlichen Sicherheit wurde natürlich Klage angestrengt, da durch einwandfreie Zeugen, die das eidlich erhärteten wollen, festgestellt worden ist, daß W. gegen seinen Kollegen auch nicht die geringste Drohung ausgesprochen hat. Am besten wird das auch durch die Tatsache bestätigt, daß der Mißhandelte nachher vom Meister gebeten wurde, weiter zu arbeiten, weil sich seine Unschuld herausgestellt hätte. Tatsächlich arbeitet er noch heute in genanntem Betrieb. Über gesetzt den Fall, der unschuldig Verprügelte hätte wirklich eine derartige Äußerung getan, seit wann ist denn in Preußen, das doch in Deutschland voran ist, die Folter oder die Inquisition eingeführt, um Geständnisse zu erzwingen? Uns eröffnen sich da noch wunder-volle Perspektiven. Doch das mögen sich die Herren gesagt sein lassen, daß sie mit dieser Politik des Faustrechts gerade das Gegenteil von dem erreichen werden, was sie beabsichtigen, denn Druck erzeugt Gegendruck. Jede Gewalttat gegen die Organisation wird uns neue Mitglieder bringen. Kollegen, Metallarbeiter, gebt den Herren die richtige Antwort, indem ihr euch dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anschließt, der euch in jeder Lebenslage mit Rat und Tat unterstützt.

Wesberrheim. Die Arbeiter der Brautechnischen Maschinenfabrik, Aktiengesellschaft, vormals E. A. Enzinger, waren im vergangenen Frühjahr in Unterhandlung mit der Direktion getreten, um bessere Bezahlung und Beseitigung der Mißstände zu erreichen. Von der Direktion wurde das bewilligt, aber nur teilweise ausgeführt. Es wurde eine neue Fabrikordnung eingeführt, die mit dem Arbeiterausschuß vereinbart und dann von beiden Seiten anerkannt worden war. Leider aber hat man einige Paragraphen anders gedruckt, als sie vereinbart worden waren. So war bestimmt, daß Akkorde derart gestellt sein müssen, daß die Stundenlöhne erreicht werden können. Jetzt lautet der Paragraph: Akkorde müssen derart gestellt sein, daß bei fleißiger Arbeit der Stundenlohn erreicht wird. Ferner wurde verhängt, daß es keine Abzüge geben solle, außer bei technischen Verbesserungen. Wie aber die Betriebsleitung sich dieses auslegt, dafür könnten Dutzende von Fällen angeführt werden. Bekannt zum Beispiel ein Dreher einen Akkord, so sind sehr häufig die Preise um 50 Prozent reduziert, obwohl die betreffenden Arbeiten keinen Abzug mehr verlangen können, wenn nicht der Arbeiter unter dem Stundenlohn verdienen soll. Straußt sich dann ein Arbeiter, in Akkord zu arbeiten, so wird mit ihm „erzerrt“. Wenn alles zum Laufen fertig ist, kommt der Herr Betriebsleiter herein und stellt sich mit der Uhr in der Hand zu dem Dreher, die Meister müssen die Stücke schleifen und das benötigte Werkzeug zusammenholen. Ist dann die Arbeit fertig, so wird dem Arbeiter mitgeteilt, daß er bei dieser Arbeit seinen Stundenlohn wohl verdienen könne. Daß ein Arbeiter Zeit braucht zum Übernehmen seiner Arbeit, das manchmal 1 bis 2 Stunden dauert, daß er seine Vorrichtungen treffen muß und daß Betriebsstörungen noch dazu kommen, wird nicht in Betracht gezogen; auch nicht, daß ein Arbeiter den Tag über oft eine Stunde mit dem Holzen von Werkzeug verliert, da die Dreher noch nicht einmal einen Gewindestift, weder Spitzstift noch Meißel bei ihrem Werkzeug haben. So kommt es vor, daß Arbeiter von 21 Jahren wohl 24 Mk. in Stundenlohn, aber in Akkord nur 16 Mk. verdienen haben. Man sollte nun annehmen, daß der Betriebsleiter dieses auch einsehe, es ist aber nicht der Fall. Wird ein Arbeiter vorstellig um seinen Stundenlohn, so wird ihm erklärt, daß dies der Kalkulator mache, in diesem Falle Meister Klingensmeier, der in diesem Falle ganz befandert bewandert ist. Dieser sagt dann, er hätte es so in seiner Akkordliste stehen, die, nebenbei bemerkt, mit Bleistift geschrieben ist! Den Lohn bekommt der Arbeiter eben nicht, wohl aber die Kündigung. Ist dann ein Arbeiter so weit, daß er den Betrieb verläßt, so muß er stundenlang vor dem Tore herumlungern, bis er einen Entlassungsschein und sein Geld bekommt. Manchmal kommt es auch vor, daß ein Arbeiter nach Geld mitbringen muß, um sein angeblich verbrauchtes Werkzeug zu ersetzen. So hat man es zum

Beispiel fertig gebracht, einen Maurer, der 25 Jahre in Geschäft war, hinauszusetzen. Einen Dreher entließ man, der drei Jahre im Geschäft war, weil er seinen Stundenlohn verlangte und als er bei der Betriebsleitung zur Erlangung eines besseren Zeugnisses vorstellig wurde, nannte man ihn einen unverschämten Lämmel. Auch für Nacharbeit in der Schlosserei, wenn sie auch nicht durch Verschulden des Arbeiters entsteht, will man nichts bezahlen, trotzdem dieses in der Arbeitsordnung aufgenommen ist. In Bezug auf Hygiene spottet die Zustände aller Beschreibung. In der Werkstatt ist eine Kiste, daß das Öl gefriert und die Leute mit Handschuhen an den Maschinen arbeiten. Der Rauch von den Öfen und Koksöfen ist manchmal so, daß die Augen stark angegriffen werden und sich kein Mensch in der Werkstatt aufhalten kann. Die Leinen, die zum Aufziehen des Fensters dienen, hat man auch abgeknitten, um so die Leute schneller zu liefern. Waren doch erst vergangenes Jahr 5 bis 6 Mann in der Lungenheilanstalt. Ein Monteur aus Hannover sollte in dem neuen Baue Transmissionen legen, er iräubte sich aber, auf ein Gerüst zu gehen, das geradezu lebensgefährlich war. Die Folge war seine Entlassung. Es wurde dann ein Fabrikchloffer mit der Arbeit betraut, der am zweiten Tage schwer verunglückte, indem er von der Leiter fiel und das Schulterblatt brach. Die Schreinerei für Kisten soll in den Keller verlegt werden, wo weder Sonne noch Licht hinkommt. Dort muß den ganzen Tag Licht gebrannt werden, obwohl man es besser einrichten könnte. Das derartige Zustände unhaltbar sind, wird wohl jeder vernünftige Mensch zugestehen müssen. Wenn die Direktion keinen Wandel schafft, wenn sie das den Arbeitern Versprochene nicht in die Tat umsetzt, dann hat sie es sich schließlich selbst zuzuschreiben, wenn die Arbeiterschaft zur Selbsthilfe ihre Zuflucht nimmt.

Wesbert. Am Sonntag den 19. Januar wurde hier eine vom Deutschen Metallarbeiter-Verband einberufene öffentliche Metallarbeiterversammlung abgehalten, die massenhaft besucht war. Der Geschäftsführer der hiesigen Verwaltungsstelle, Kollege Röbel, bemerkte zur Einleitung der Versammlung: Das Unternehmertum benütze die Wirtschaftskrise, um Abzüge über Abzüge vorzunehmen, bei etwaigem Arbeitsmangel schreite es zu Arbeiterentlassungen, um die ganzen schlimmen Folgen einer derartigen Krise von sich ab- und auf die Arbeiter zuwälzen, anstatt durch vernünftige Produktions-einrichtungen einen Ausgleich herbeizuführen. Unverständlich sei es, daß es gerade Mitglieder des Fabrikantenvereins für den Wesbert-Heiligenhauser Industriebezirk sind, die zu ganz frivolen Abzügen greifen und dadurch die hiesige Industrie immer mehr zugrunde richten. Dagegen habe die Wesbeter Arbeiterschaft in der Metall-industrie zu protestieren. Hören die Unternehmer auf diesen Warnungsruf überhaupt nicht, dann mögen sie auch die Folgen der Handlungsweise tragen, die die Arbeiterschaft zu geeigneter Zeit unternehmen wird. Der Vorstand des hiesigen Fabrikantenvereins habe an die Unternehmer auch den bekannten Brief Sendlers an Haas mit folgendem Begleitschreiben mitgeteilt: „Wesbert, den 20. Dezember 1907. Vertraulich. An unsere Mitglieder! Beifolgend erhalten Sie eine Abchrift eines Zeitungsartikels über das Gebahren des Metallarbeiter-Verbandes. Das Vorgehen des Verbandes, welcher seine Mitglieder zum Betrug und Diebstahl und zum Verrat von Geschäftsgeheimnissen ihrer Arbeitgeber zu bewegen sucht, läßt deutlich erkennen, welchen verwerflichen Einfluß die Führer auf die Arbeiterschaft ausüben. Die für die Arbeitgeber hieraus resultierenden Lehren bedürfen wohl keiner weiteren Erörterung und hoffen wir, daß unsere Mitglieder auch in Hinblick auf die intensive Organisationsarbeit bei Erteilung von Aufträgen entsprechend handeln werden, indem wir hierzu bemerken, daß die von dem Metallarbeiter-Verband betriebene Gießerei die Firma: „Gustav Schreier, Solingen, Blumenstraße“ führt. Der Vorstand der Fabrikanten-Vereinigung im Wesbert-Heiligenhauser Industriebezirk, G. Hügel, Geschäftsführer.“ — Die Versammlung habe hier den richtigen Sachverhalt über die Sache in ihrem Zusammenhang entgegenzunehmen, um zu prüfen und beurteilen zu können, wo Verrat und Betrug steckt. Der Gedanke an die Gründung einer Gießerei sei hauptsächlich in erster Linie von Verrät ausgegangen. Da nach der Wesbeter Aussperrung ein großer Teil unserer besten Kollegen ausgesperrt werden sollten, habe man sich gezwungen gesehen, für diese Opfer zu sorgen. Man habe in Gemeinschaft mit der Solinger Verwaltung und in Einverständnis mit der Bezirksleitung in Solingen eine Gießerei errichtet, um diese Opfer dem brutalen Unternehmertum zu entreißen und sie in dieser Gießerei unterzubringen. Die Wesbeter Unternehmer selbst haben 1905 erklärt: „Hätte man die 200 000 Mk., die der Streik gekostet, lieber dazu verwendet, eine Gießerei zu errichten, da hätten die Formner für sich ein besseres Werk geleistet.“ Da seinerzeit schon dieses bessere Werk vollführt gewesen sei, komme man nach über zwei Jahren und verurteile ein solches Unternehmen. Unter Verdrehungen und Wendungen, unter den gemeinsten Beschimpfungen verusche man die Sache nach eigener Manier auszuschlichten: Nur aus dem Grunde, um dem ihnen so verhassten Deutschen Metallarbeiter-Verband ein auszuweichen. Es wird sich zeigen, auf welcher Seite das Recht zu suchen ist. Darauf nahm der Bezirksleiter Kollege Spiegel das Wort. Derselbe besprach in erster Linie die heute bestehende Wirtschaftskrise, schilderte ihre Entstehung, die traurigen Begleiterscheinungen u. s. w. und welche Stellung das Unternehmertum hierzu nimmt. Seine öfters humorvollen Ausführungen wurden von minutenlangem brausenden Beifallsalva unterbrochen. Seine Ausführungen gingen dahin, daß die Arbeiter von den Unternehmern und vom Staate hiergegen nichts zu erwarten haben. Hier müßten die Arbeiter sich selbst helfen durch ihre Organisation, durch den Deutschen Metallarbeiter-Verband. Er schloß mit einem Appell an die Anwesenden, sich dem Verband als Mitglieder anzuschließen, für denselben neue Mitglieder anzuwerben. Der Redner ging dann auf die Sache der Solinger Gießerei und den Brief Sendlers ein. Mit der letzten großen Aussperrung, die 1905 in Wesbert von dem hiesigen Fabrikantenverein beschlossen worden, war eine Anzahl Fabrikanten nicht einverstanden. Diese sperrten ihre Arbeiter nicht mit aus: Der Fabrikantenverein übte den größten Terrorismus gegen diese Fabrikanten aus, indem er ihnen das Rohmaterial entzog. Diese Unternehmer konnten keinen Guß bekommen, wären in die traurige Lage versetzt worden, ihre Arbeiter zu entlassen oder mit auszusperrten, wenn hier nicht Hilfe geschaffen würde. Einige Unternehmer wendeten sich direkt und indirekt an die Wesbeter Verwaltungsstelle des Metallarbeiter-Verbandes; von dieser wurde ihnen auch Guß in kurzer Zeit zugesichert. Der Geschäftsführer Röbel setzte sich mit Sendler in Verbindung und im Einverständnis mit der Bezirksleitung wurde der Plan gefaßt, eine Gießerei in Solingen zu pachten, vorerst aber fanden in Wesbert auf dem Kontor einer Firma (Schlossfabrik) zwei Konferenzen mit einer Anzahl Firmeninhaber, die nicht ausgesperrt hatten, statt. An diesen Konferenzen nahmen Röbel und Sendler teil, die Unternehmer versprachen, Guß von dieser neu zu gründenden Firma zu beziehen. Folgende schriftliche Abmachung einer hiesigen Firma liegt hier in Original vor und hat folgenden Wortlaut: „Wesbert (Rhd.), im August 1905. Ich beabsichtige Ihnen hiermit, daß ich bereit bin, von der Ihnen zu übernehmenden Gießerei Tempelguss zu beziehen, unter der Voraussetzung, daß der Guß in jeder Beziehung juristenförmlich ausfällt. Hochachtungsvoll (Firmenunterschrift).“ — Auch andere Firmen drängen auf unseren Geschäftsführer in Wesbert ein, versicherten ihm, freisich nur von dieser neu zu gründenden Firma Guß zu beziehen. Die Gelegenheit, eine Gießerei zu pachten, war günstig. In Solingen wurde eine für und fertig eingerichtete Gießerei unter dem Namen Wilhelm Fischer im August 1905 errichtet. Wie es bei einem jeden Streik geschieht, veruchten die Unternehmer Streikarbeit unter der mannigfaltigsten Erscheinungen herstellen zu lassen. Von Wesbert konnten die Herren keinen Guß erhalten, weil die Formner alle freitaten, daher mußten sich die Unternehmer nach auswärtig wenden. In einer Gießereibesitzerversammlung in Oberfeld, die geheim gehalten wurde, versprachen die auswärtigen Gießereibesitzer den Wesbeter Unternehmern ihren vollen Schutz. Das Gneppetal und der Dögener Sandfreis waren dazu ausgerufen, die Wesbeter Unternehmer aus der Patsche zu ziehen. Es galt daher, die größte Sorgfalt zu gebrauchen, zumal die Wesbeter immer mehr und mehr in die Enge getrieben waren. Die Solinger und Wesbeter Formner waren im August in einen Sympathiestreik für die Wesbeter Formner eingetreten, und die größte Aufmerksamkeit mußte nach jener Gagegen gerichtet

Die Mut der „Einigkeit“ auf den Vormarsch ist ja zu begreifen. Damit für diesmal Schluss. Was sonst noch zu sagen ist, hängt von verschiedenen anderen Faktoren ab.

Die technischen Privatangehörigen

haben im Jahre 1907 mit großem Fleiße an dem Ausbau ihrer Organisation gearbeitet. Infolge dessen konnte der Bund der technischen Beamten Ende Oktober, nach kaum dreijährigem Bestehen, die Aufnahme des 10000. Mitglieds verkünden. Wie nun mitgeteilt wird, hat der Bund in den beiden letzten Monaten noch 1000 neue Mitglieder gewonnen, so daß er das Jahr 1908 mit einem Bestand von 11000 Mitgliedern beginnt. „11000 Mitglieder in 3 1/2 Jahren“, dieser Erfolg steht in der gesamten Privatangehörigenbewegung wohl einzig da und dürfte seine Erklärung neben der Überzeugungskraft des sozialpolitischen Programms wohl in der Tatsache finden, daß der Bund zum erstenmal versucht hat, alle technischen Angestellten ohne Rücksicht auf ihre Vorbildung und ohne Aufhebung der Branchen zu einer einheitlichen Organisation zusammenzuschließen. Zum erstenmal haben sich hier Ingenieure und Techniker mit Chemikern, Architekten und Erbsenbeamten zu gemeinsamer Arbeit zusammengefunden, und dabei sind neben den jüngsten Angehörigen der Oberingenieure und andere leitende Beamte vertreten. Der Vorbildung nach dürften die Mitglieder des Bundes fast zur Hälfte akademische Lehraufgaben befüllen, während die übrigen aus technischen Mittelschulen oder direkt aus der Werkstatt hervorgegangen sind. Dem Mitgliederzuwachs entsprechend hat sich die Zahl der Verwaltungstellen im vergangenen Jahre beinahe verdoppelt. Während der Bund der technisch-industriellen Beamten Ende 1906 erst 88 Verwaltungstellen hatte, verfügte er am 31. Dezember vorigen Jahres über 78 Ortsgruppen und 34 Zahlstellen, das sind zusammen 112 Verwaltungstellen. Die größte davon ist Berlin mit 3461 Mitgliedern, danach kommen Frankfurt a. M. und Köln mit je rund 500 Mitgliedern.

Ein verurteilter „Terrorist“.

Aus Anlaß des Streiks der Dreher bei Göttrich in Bielefeld sind mehrere Anklagen gegen einzelne Kollegen erhoben worden, die sich angeblich gegen die „christlichen“ Arbeitswilligen übergriffe zu Schulden kommen ließen. Einer dieser Fälle betraf den Geschäftsführer in Bielefeld, Kollegen Wuse. Der Tatbestand war folgender: Unseren Bielefelder Kollegen wurde die Mitteilung, daß von Berlin, Hannover und Hannover Arbeitswillige für Göttrich kämen. Wuse ging nach dem Bahnhof, um den Leuten über die Situation Aufklärung zu geben. Dem Zuge um 10 Uhr 14 Minuten entfielen zwei Mann, die angesprochen wurden. Auf den Streik aufmerksam gemacht, jagte das „christliche“ Mitglied Peter Wittkowski, daß er bereits Bescheid wisse, im übrigen sei es eine Dummelei, wenn der Verband für solche Streiks Geld wegwerfe. Nach weiteren Vorhaltungen hob dieser „Christ“ plötzlich seinen Koffer hoch und sagte: „Platz da, ihr freiorganisierte Lumpen! Organisierte Räuberbande!“ Von Wuse wurde ihm nun bedeutet, er solle nur gehen und Streikbruch verüben. Nach zwei Schritten drehte sich W. um und sagte: „Lump! Räuber! Wegelagerer!“ Diese Worte veranlaßten Wuse, zu fragen, wer d. m. mit gemeint sei. Auf Wuse meidend, antwortete der „Christ“: „Den da!“ Nach dieser offenbaren Beleidigung schlug unser Kollege diesem „christlichen“ Jüngling ein mit der verkehrten Hand auf den ungewaschenen Schnabel, damit er sich in Zukunft seine Worte ein wenig besser zurechtlege. Das der Tatbestand.

Durch den ganzen Sumpf der den „christlichen Gelben“ nahe stehenden und von ihnen herausgegebenen Blätter machte nun in genoshener entstellter Weise bald eine Notiz die Kunde, daß „dem Peter Wittkowski nach Strauchritterart aufgelauret“ worden sei und er Mißhandlungen hätte erdulden müssen. Kollege Wuse stellte die Sache sofort in der Bielefelder Volkswacht richtig, aber trotzdem wird munter weiter über Terrorismus geschwätzt. Am 18. Januar fand dann vor dem Schöffengericht in Bielefeld die Verhandlung gegen Wuse statt, die allerdings dem Angeklagten zwei Wochen Gefängnis eintrug. Wenn man die Gerichtsverhandlung mitangeht, hat dann muß man sagen, daß die „Christen“ auf diesen Erfolg nicht gerade stolz zu sein brauchen. Die Anklage lautete auf tätliche Beleidigung, vorläufige Körperverletzung und Vergehen gegen den § 153 der R.-G.-O. Die Verhandlung rief den ganzen Stab der „Christlichen“ nach dem Gericht, dort konnte man außer den Zeugen die Sterne der hiesigen sogenannten christlichen Bewegung bewundern, als da sind: W. Wallbaum, Heinrich Wehmeyer, der Agent Heinrich Menzel und andere mehr. Man wollte sich das erhebende Schauspiel der Verurteilung gerade dieses Streikführers nicht entgehen lassen, und daher waren die Herrschaften in hellen Scharen angetreten. Bei der Beweisaufnahme behauptete Peter Wittkowski, daß Wuse „Knochenlump“ gerufen habe, daß er bis zur Herzogstraße verfolgt und mit einem Stock geschlagen worden sei, während die übrigen Zeugen überhaupt wesentlich belastende Aussagen nicht machen konnten. Der eine wußte nicht genau, ob das Wort „Knochenlump“ von Wuse geäußert worden sei und wer den Wittkowski geschlagen habe, während der andere nur in Folge eines Madaus an sein Fenster gekommen war, von einer Schlägerei oder sonstigen Dingen aber nichts wahrgenommen habe. Der Amtsanwalt, Herr Polizeinspektor Kofe, beantragte drei Wochen Gefängnis und die Kosten. In seiner Verteidigung wies W. darauf hin, daß § 153 R.-G.-O. auscheiden müsse, weil der Streik nicht um die Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, sondern um die Aufrechterhaltung schon jahrelang bestehender Institutionen, nämlich des Arbeiterausschusses, geführt werde. Seine weiteren Ausführungen galten der Zeugenausführung, deren Wert in das rechte Licht gerückt wurde. Trotzdem die Zeugen des Genossen W. die Angaben unseres Freundes bestätigten und auch die kommissarische Vernehmung eines Zeugen vor dem Gericht in Wochta vorlag, die nachwies, daß Wittkowski selbst erklärt hat, die größte Schuld an dem Verfall zu haben, erfolgte die Verurteilung in angegebener Höhe.

Wir wollen uns vorläufig jeder Kritik des Urteils enthalten. Aber das eine ist sicher, großen Staat können die Herren von der schwarz-blau-gelben Couleure mit diesem Erfolg nicht machen. Über die Verurteilung selbst brauchen nur die Schwarzen in ein wahres Triumphgefühl aus. In der Nr. 4 des „christlichen“ Metallarbeiter bringen sie eine Notiz unter der Stichmarke: „Ein sozialdemokratischer Führer als Terrorist verurteilt.“ In dieser Notiz ist jedoch in jesuitischer Weise verschwiegen worden, daß der Schlag gegen Wittkowski erst dann erfolgte, nachdem die angeführten Schimpfworte gegen W. gefallen waren. Die Herrschaften der schwarz-blau-gelben Fakultät glauben dem Kollegen W. zuzuhören, daß er sich durch den Vorwurf, daß er bestreite, den Anstand „Knochenlump“ gebraucht zu haben und die Maulschelle, die er dem Wittkowski für seine Rippelein applizierte, zugeb. Wir fragen einmal diese heuchlerische Gesellschaft, ob sie etwas zugehört hätte, was sie nicht getan hat, oder würde sie nicht auch dagegen Front machen, wenn ihr etwas unterzogen wird, was nicht den Tatsachen entspricht? Diese „Christen“ leugnen ja gewöhnlich auch das ab, was sie verbrochen haben. In der Opposition gegen eine solche Unterstellung, wie sie von diesen Vertretern des Christentums verübt wird, ist noch lange nicht genug, daß dadurch die von Wittkowski verdienten Maulschelle, die vielleicht nicht gerade sanft gewesen sein dürfte, erlaubt ist. Wer diesen Ehrenmännern schon gegenübergekommen hat, weiß sehr wohl, daß einem schon die Galle über ihre Schimpfereien ins Blut steigen kann, es ist deshalb sehr verständlich, wenn solche Furchen, die auf der Straße Leute beschimpfen, einen Dutzettel erhalten. Dann soll es nach dem schwarzen Metallarbeiter nur im sozialdemokratischen Lager möglich sein, das Arbeiterführer wegen derartiger Delikte vor Gericht gebracht werden müssen. Diese liebe Unschuld! Dort, wo diese Sippschaft die Mehrheit heute noch hat, wird die Rolle so aufgeführt, daß verschiedentlich Gewalttätigkeiten gegen andere gerichtlich festgestellt worden sind.

Alles in allem: das Duisburger Schimpforgan wird das Verdrehen und Lügen ebenfalls lassen, wie die Kasse das Mandat. Im übrigen hat das Gericht mehrere der Entlassungszeugen nicht gelistet und es wird gegen das Urteil Berufung eingelegt werden. Den lieben Lesern jedoch, die sich über die Verurteilung so diabolisch freuen, sei gesagt, daß ihre Handlungsweise von der Arbeiterschaft

schon richtig bewertet wird, sie richtet sie moralisch. Die wegen einer gerechtfertigt erteilten Maulschelle erhaltenen zwei Wochen Gefängnis sind nicht imstande, den Verurteilten in den Augen der Arbeiterschaft herabzusetzen.

Streik und Familienunterhaltungspflicht.

Die Arbeitgeber-Zeitung, die kürzlich selber verblümt eingestehen mußte, daß sie sich einen Titel anmaßt, den sie nicht zu führen berechtigt ist (siehe Nr. 2 der Metallarbeiter-Zeitung, Seite 15), glaubt wieder einmal Gelegenheit zum Jubel zu haben. In ihrer Nr. 4 bringt sie unter der Überschrift: „Erst die Familie, dann die Gewerkschaft einen Artikel, der folgendermaßen anhebt: „So lehrt es die Moral, so lehrt es das natürliche Empfinden jedes normal veranlagten Menschen. Aber die gewerkschaftliche Literatur enthält häufige Belegstellen dafür, daß es doch Fanatiker gibt, die der umgekehrten Meinung sind, und es sogar verstehen, diese Meinung anderen Leuten einzuimpfen. Nicht für die Familie hat der zielbewußte Arbeiter an erster Stelle zu sorgen, nein, über alle Pflichten geht die Pflicht gegen Gewerkschaft und Partei, und wenn diese besteht, daß man Weib und Kind hintanzufegen habe, um der höheren Ehre eines Gesamtwerkes willen, so muß anstandslos pariert werden! Laß sie betteln gehen, wenn sie hungrig sind! Glücklicherweise enthält das deutsche Strafrechtbuch eine Bestimmung, an deren Hand man solche Parteifanatikar mit gelindem Zwange an ihre natürlichen Pflichten erinnern kann. In § 361, Nr. 10, heißt es, daß mit Geldstrafe bis zu 150 M. oder mit Haft bis zu sechs Wochen bestraft wird, wer, obgleich er in der Lage ist, diejenigen, zu deren Ernährung er verpflichtet ist, zu unterhalten, sich der Unterhaltungspflicht trotz der Aufforderung der zuständigen Behörde derart entzieht, daß durch Vermittlung der Behörde fremde Hilfe in Anspruch genommen werden muß.“ Diese Bestimmung hat nun kürzlich bei einem Streikfall in Bielefeld eine interessante Anwendung gefunden. Es war dort nämlich in einer Fabrik ein Arbeiter beschäftigt, der durchschnittlich 4 M. täglich verdiente und sich und seine aus Frau und fünf Kindern bestehende Familie hiervon auskömmlich unterhielt. Als aber ein Streik ausbrach, legte dieser Arbeiter ebenfalls seine Beschäftigung nieder, und es kam nun dazu, daß, da der Streik sich drei Monate hinzog, die Familie behördlicherseits unterstügt werden mußte. Das Schöffengericht belegte den pflichtvergessenen Streiker und pflichtvergeßenen Familienvater mit einer Haftstrafe von vier Wochen, weil er offensichtlich gegen die obige Bestimmung verstoßen habe. Die von dem Arbeiter eingelegte Berufung wurde von der Strafkammer des Landgerichtes verworfen. In den Urteilsgründen heißt es: „Nach dem Jugendstandnis des Angeklagten habe dieser sich an dem in der D.ichen Fabrik, wo er bis dahin guten Verdienst gehabt habe, ausgebrochenen Streik beteiligt und sei deshalb ein Vierteljahr lang ohne Arbeit und Verdienst gewesen. Es könne dahingestellt bleiben, ob seine Angabe, er habe sich während dieser Zeit vergeblich um andere Arbeit bemüht, richtig sei, denn nach dem eidlichen Zeugnis des Fabrikanten D. hätte der Angeklagte bei ihm zu jeder Zeit die Beschäftigung unter den früheren Bedingungen wieder aufnehmen können. Der Angeklagte habe also die Gelegenheit, für die Ernährung seiner Familie zu sorgen, veräußert, weshalb die Verurteilung, wie geschehen, habe erfolgen müssen.“

Es ist hiermit eine Entscheidung getroffen, deren Konsequenzen für die Arbeiterschaft selbst unter Umständen recht schwerreich sein können. Die Frauen und Kinder der streikenden Arbeiter, die oft genug durch triviale und sinnlose Ausfälle in bittere Not gebracht werden, dürfen sich bei dem Bielefelder Gericht bedanken, weil dieses endlich einmal autoritativ festgestellt hat, daß die natürlichen Pflichten gegen die Familie weit aus den eingebildeten Pflichten gegen die Solidarität aller Proletarier vorangehen.“ Die sogenannte Arbeitgeber-Zeitung wird uns hoffentlich dafür dankbar sein, daß wir ihren moralischen Artikel zu Ruh und Frommen aller „verhehten Arbeiter“ wörtlich abgedruckt haben. Wir sind indessen überzeugt, daß die Behörden und die Gerichte trotz des größten „Pflichteifers“ nur wenig Gelegenheit finden werden, gerade auf diese Weise Arbeiter zu veranlassen, zu Verrätern zu werden, ebenso wie dies bisher wenig oder gar nicht der Fall gewesen ist. Aber abgesehen davon, wie weit es möglich ist, in einer Stadt wie Bielefeld mit einem Wochenlohn von 24 M. eine aus sieben Personen bestehende Familie auskömmlich zu ernähren, läßt das ehrenwerte Schöffengericht noch etwas anderes außer acht. Wie denkt es sich die Sache bei Ausperrungen? Die Scharfmacher streben doch danach, die Ausperrung in noch stärkerem Maße anzuwenden als bisher geschehen ist. Dabei kommt es schon jetzt oft genug vor, daß Arbeiter ausgeperrt werden, die nicht die geringste Veranlassung zu einer solchen Maßnahme gaben. Wie nun, wenn die Familien solcher ausgeperrten Unterstügungen von den Behörden in Anspruch nehmen? Dann müßten doch eigentlich die Scharfmacher verknurrt werden, oder, wenn das nicht zu ermöglichen ist, müßten sie von den verurteilten Ausgeperrten zu ausgiebigem Schadenersatz herangezogen werden. Wenn also die Rechtsprechung der Bielefelder Gerichte Nachahmung finden sollte, wäre es sehr möglich, daß die Arbeiter gelegentlich den Spieß umdrehen und den Scharfmachern eine böse Suppe einbroden. Von der Arbeit „geber“-Zeitung hätten wir ja nun gerne eine Antwort auf unsere Frage. Wir werden aber wohl lange warten müssen.

Herr Amandus Schubert.

Der Verfasser einer Sudelbrochure gegen die Chemnitzer Ortskrankenkasse, ist am 25. Januar samt seinem Bruder Amandus Schubert und einem gewissen Paul Raabe auf Veranlassung des Staatsanwaltes verhaftet worden. Das ehrenwerte Kleeblatt soll sich der Erpressung schuldig gemacht und dadurch jemand 1800 M. abgedrückt haben. Die Sache kam dadurch zur Kenntnis der Staatsanwaltschaft, daß ein von Raabe abgeleiteter Brief in falsche Hände geriet. Die Sache ist nicht nur den „Ordnungsleuten“ in Chemnitz, sondern in ganz Deutschland sehr peinlich. Amandus Schubert veröffentlichte eine Schmähschrift gegen die Zeitung der Ortskrankenkasse in Chemnitz, worin gegen diese die schmerzlichen Beschuldigungen erhoben wurden. Von den Beschuldigungen ist zwar bis heute noch keine bewiesen worden, aber nichtsdestoweniger wurden sie von Reichslagenverbänden und sonstigen Gegnern der Arbeiterbewegung weidlich ausgenützt. Und nun das Pech, daß der Urheber der Schmähschrift wegen einer schmutzigen Sache hinter den schwebenden Gardinen hockt. Der ebenso ehrenwerte Herr Paul Raabe war der Leiter eines sogenannten Nationalen Wahlvereins in Chemnitz, der auch dessen Aktion gegen die Ortskrankenkasse veranlaßt hat, nachdem die von ihm aufgestellten Kandidaten für die Vertreterwahlen unterlegen waren. Diese Aktion hatte den Erfolg, daß die Wahl wegen angeblicher Unregelmäßigkeiten von dem Rate der Stadt für ungültig erklärt wurde. Der von dem Vorstand der Krankenkasse bei der Kreishauptmannschaft erhobene Rekurs wurde verworfen. Bei der Verhandlung über den Rekurs traten als Belastungszeugen unter anderem auch die bereits verhafteten Herren Amandus Schubert und Paul Raabe auf. Die „nationalen“ Gegner der Arbeiterbewegung in Chemnitz haben also doch ihren Zweck erreicht. Es wird eine Neuwahl stattfinden. Dazu bemerkt die in Chemnitz erscheinende sozialdemokratische Volksstimme (Nr. 23 vom 29. Januar): „So haben denn die Schubert, die Raabe, die Nationalen, die Gelben, so hat die Fabrikantengarde diesen Sieg über die freiorganisierte Arbeiterschaft davongetragen. Wie immer, so hat auch diesmal der Reichsverband für uns der Boden vorbereitet. Die Chemnitzer Arbeiterschaft, die ihren Mann immer gestellt hat, wenn die Ehre der Arbeiterschaft auf dem Spiele stand, wird bei den nächsten Ortskrankenkassenwahlen dafür sorgen, daß alle Maßnahmen der vereinigten Gegner an ihrer Solidarität, ihrer Geschlossenheit zerfallen werden. Den Sieg, den wir dann feiern werden, danken wir den Schuberts, den Raabe, dem Reichsverband, den Nationalen, den Hirsch-Dunderischen und evangelischen Arbeitervereinen, den Gelben, der Fabrikantengarde, dem Stadtrat Schwanberg, dem Rate der Stadt Chemnitz und allen Feinden der sozialdemokratischen Arbeiterschaft.“

Aus den Unternehmerverbänden.

Ebelmetallindustrie. Von dem Vorstand der neugegründeten Vereinigung von Arbeitgeber der deutschen Ebelmetallindustrie, über die wir bereits in Nr. 48 der Metallarbeiter-Zeitung vom vorigen Jahre, Seite 392, berichtet haben, sind, wie in Nr. 5 des Journals der Goldschmiedelunft berichtet wird, sämtliche Fachvereinigungen, Innungen und sonstigen wirtschaftlichen Interessenvertretungen, ferner an die Unternehmer in der deutschen Ebelmetallindustrie und verwandte Industriezweige Rundschreiben versandt worden, worin dringend zum Anschluß an die genannte Vereinigung aufgefordert wird. Begründet wird die Notwendigkeit dieser „Arbeitgeberverbandlichen Organisation“ (1) damit, daß die lokalen Organisationen der Unternehmer sich „nach den Erfahrungen der jüngsten wirtschaftlichen Kämpfe angefaßt der Ausdehnung der gewerkschaftlichen Organisationen und der Bestreitung der Ebelmetallindustrie über das ganze Deutsche Reich als unzureichend erweisen und die Notwendigkeit einer interlokalen Organisation und des Zusammenschlusses der gesamten deutschen Ebelmetallindustrie nahegelegt“ haben. Dieser Zusammenschluß ist das Ergebnis einer ganz naturgemäßen Entwicklung. Die Kollegen von der Branche der Gold- und Silberarbeiter haben weder Ursache, ihn zu bedauern noch über ihn zu erschrecken. Unsere Aufgabe wird es dagegen sein, auch den letzten organisationsfähigen Gold- und Silberarbeiter zu dem Deutschen Metallarbeiter-Verband heranzuführen. Dann wird der neue Unternehmerverband der Arbeiterschaft keinen Schaden tun können.

„Christliche“ Wahrheitliebe.

Das in München-Grabbach redigierte Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands gehört ebenfalls zu den Blättern, die selbst vor einer böswilligen Fälschung nicht zurückweichen, wenn es gilt, einen ihnen nicht in den Kram passenden Organisation ein auszuwickeln. In Nr. 2 des genannten schwärzen Blattes (Seite 27) wird unter der Spitzmarke: „Ist die Hamburger Metallarbeiter-Kranken- und Sterbelasse sozialdemokratisch?“ von neuem die bekannte Geschichte von der Freisprechung des Fronners Gailowski aufgewärmt, natürlich ohne daß angegeben wird, welchem Umstand Gailowski einzig und allein seine Freisprechung zu verdanken hat. Wir haben schon wiederholt Metallarbeiter-Zeitung 1907, Nr. 34, Seite 276 und 1908, Nr. 1, Seite 7 den wahren Sachverhalt auseinandergesetzt, auch hat die sozialdemokratische Tagespresse daselbst getan. Man muß also überzeugt sein, daß die München-Grabbacher Redaktion weiß, wie die Sache zusammenhängt. Aber dessenungeachtet schwindelt sie weiter. Aus ihrer Hausbibel ist augenscheinlich das Blatt ausgegrast, auf dem das achte Gebot steht. Wenn unseren Kollegen jedoch irgend ein schwarzer Lügenbeutel entgegentritt, der sein Material, aus dem „christlichen“ Zentralblatt bezieht, so wissen sie, was sie von seinen Reden zu halten haben.

Hirsch-Dunderiana.

Programmskizze. Auf ihrem letzten allgemeinen Verbandstreffen haben die Hirsche mit Ach und Krach ein sogenanntes Programm zusammengestellt, das ihnen beim Mitgliederfang als Aushängeschild dienen sollte. In Nr. 24 der Metallarbeiter-Zeitung vom vorigen Jahre (Seite 187) ist dieses „Programm“ abgedruckt und kurz gewürdigt worden. Nachdem sich nunmehr herausgestellt hat, daß nicht mehr genügend Summe heranzubringen sind, um den Verfall der Hirsch-Dunderiana aufzuhalten, hielt man es für notwendig, eine neue Leitlinie anzuflechten, oder — wie es Hirsch-Dunderisch-ostfisch heißt — „durch eine weitere Behandlung des Programms eine grundsätzliche Klärung über mancherlei Fragen herbeizuführen“ (Frankfurter Zeitung vom 31. Januar, erstes Morgenblatt). Schon am 9. Dezember vorigen Jahres hatte sich die Frankfurter Zeitung aus Jena telegraphieren lassen, der Professor Harms sei vom Generalrat der Gewerksvereine aufgegeben worden, ein neues Programm auszuarbeiten. Die Wahrheit dieser Meldung wurde jedoch vom Generalrat mit großem Nachdruck und unter Hinweis auf das bereits vorhandene Programm bestritten. Nachdem jedoch nicht mehr abgelehnt werden konnte, daß dieses „Programm“ auch nicht geeignet ist, den Gewerksvereinen „neues Leben“ einzubringen, ging man, nachdem die Drucker-Schärfen für das Programm kaum trocken geworden war, getreu dem Grundsatz: „Weißer, die Arbeit ist fertig, sollen wir sie auch gleich flicken?“ an die Flickenerei. Am 25. Januar fand in Berlin eine Sitzung der verschiedenen General-, Zentral- u. Hirsche statt, um über das Programmatische Beschluß zu fassen. Das Resultat war die Annahme einer Anzahl von „Prinzipiellen Leitfäden“ und „Sozialpolitischen Leitfäden“. Wir glauben nicht, daß unsere Kollegen den Wortlaut dieser „Leitfäden“ für so wichtig halten, daß wir ihn abdrucken müssen. Vielleicht kommen wir gelegentlich darauf zurück. Im übrigen kann man aber sagen, daß das Programm der Hirsche samt seinen Anhängeln nur als Aushängeschild dient. Das maßgebende „Programm“ ist in dem bekannten Geheimzirkular von Erkelenz enthalten (siehe vorige Nummer, Seite 35).

Blamiert bis auf die Knochen hat sich wieder einmal der Generalrat des Gewerksvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter. Er sandte seinen Generalsekretär nach Augsburg, um bei der Leitung der Maschinenfabrik Augsburg wegen ihres Verhaltens gegen die Mitglieder des Gewerksvereins vorzellig zu werden. Der Herr Generalsekretär versprach der Firma, daß der Gewerksverein fortan recht brav sein wolle. Ihn hat aber das Augsburgische Hirschenblatt dem Generalrat unmittelbar nach der Vorstellung die ganze Geschichte verborgen, indem es ein nicht sehr schmeichlerhaftes Urteil des Erlanger Dr. Ratter über die Gelben abdruckte. Ihn will aber dieses Augsburgische Blättchen, wie aus seiner Nr. 5 ersichtlich, auch brav werden. Dieser Umstand bestimmt uns, diese Hirsch-Dunderische Tragikomödie in nächster Nummer etwas eingehender unter die Lupe zu nehmen als wir zuerst es vorhaben.

Ein Vergleich. Unsere Notiz in Nr. 3 ist dem Regulator recht unbequem. In seiner Nummer 4 gibt er die Tatsachen, die sich nun leider nicht weghispüter lassen, durchaus zu. Aber — die sozialdemokratischen Zeitungen sind schuld, die überall den Funktionen des Metallarbeiter-Verbandes zur Verfügung räumen, während den Gewerksvereinen, mit Ausnahme einiger Gewerksvereins-Provinzzeitungen, nur der Regulator helfe. Das ist Variat, ein Verlegenheitsversuch, die Sachlage zu verdrängen. Zunächst ist richtig, daß die absterbende Gewerksvereinsidee nur von einigen armfertigen Winkelblättern vertreten wird. Was, nebenbei bemerkt, die Hirschen nicht abhüllt, um so mehr auf den Sieg ihres „richtigen Prinzips“ zu hoffen, als die Furcht aus dem Gewerksvereinslager größer wird. Diese Gewerksvereinsblättern gehen sich aber redliche Nähe, in der Manier des berühmtesten Reichsverbandes ihre Spalten mit Schwindelgeschichten über die moderne Arbeiterbewegung anzufluten. Aber es ist dreimal unwahr, daß den Hirschen sonst keine Zeitungen zur Verfügung räumen. Es stehen ihnen, wenn es die Anpöbelung der sozialdemokratischen und Gewerkschaftsbewegung gilt, die gesamten Blätter von der konservativen und der nationalliberalen Kreisblattpresse bis zu den General-Anzeigern zu Diensten. Möge der Regulator nur die Gewerksvereinsfrage, die zu gleicher Zeit Parteigänger der nationalliberalen Unternehmerpartei sind und dort ihre Schimpfereien loslassen. — Dann meint der Regulator schließlich: „Sobald der Metallarbeiter-Verband oder dessen Funktionäre eine andere Haltung dem Gewerksverein gegenüber einnehmen, sind wir sofort mit Fremden bereit, unsere ganze Aufmerksamkeit der allgemeinen Arbeiterbewegung und dem Unternehmertum zu widmen. Wir befinden uns in der Abwehr.“ Die „Anfängerliste“, die der Regulator in der zum Vergleich angelegenen Nummer 1 „der allgemeinen Arbeiterbewegung und dem Unternehmertum“ widmet, besteht in einem Artikel, der handelt vom dem Arbeiterfeiertag — in Amerika. Zunächst ein Fortschritt. Wir entlassen uns noch sehr gut, wie die an ihre Bildungsbefreiungen folgen Gewerksvereiner vor 10 und 15 Jahren, wenn sie einmal eine außergewöhnliche Leistung vor sich bringen wollten, und sonst nichts „Wichtigeres“ als Jahrmehre, Aufreger-Feiern u. s. w. vorlag, einen Vortrag halten ließen, etwa über „Sammeln“, oder die „Kasse auf dem Mars“. In der Regulator seine „Anfängerliste“ in Nummer 1 der Erde zuwendet,

